

**Gewerkschaft
der Polizei**

Bundespolizei

GESCHÄFTSBERICHT

2014 – 2018

*der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei
zum 6. Ordentlichen Delegiertentag vom 24. – 26. April 2018
in Berlin*

Startschuss für das neue Team des geschäftsführenden Vorstandes: Der 5. Ordentliche Delegiertentag 2014 in Potsdam

Vom 25. bis 27. März 2014 fand in Potsdam der 5. Ordentliche Delegiertentag der GdP, Bezirk Bundespolizei, statt. Über 320 Teilnehmende aus Bundespolizei, Zoll und Bundesamt für Güterverkehr berieten über ihre gewerkschaftspolitischen Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Fortentwicklungsmöglichkeiten für die Beschäftigten. Daneben stand, bedingt durch den Ruhestand von Josef Scheuring und Johann Meyer ein großer Personalwechsel ins Haus.

Der scheidende Vorsitzende, Josef „Jupp“ Scheuring, der ab 2000 für 14 Jahre Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei war, führte in seiner Rede noch einmal wesentliche Erfolge und Ziele in seiner gewerkschaftlichen Arbeit auf. Johann Meyer, der seit Gründung des Bezirks als Kassierer die Finanzen stets verantwortungsvoll und umsichtig geregelt hatte, konnte seinem Nachfolger eine gut geführte Kasse übergeben.

Die Delegierten dankten Josef Scheuring und Johann Meyer für ihre Arbeit mit minutenlangem stehenden Beifall.

Bei den anschließenden Wahlen zum geschäftsführenden Bezirksvorstand wurde Jörg Radek aus der Bundesbereitschaftspolizeiabteilung Uelzen gewählt. Ihm neu in den Vorstand an die Seite gewählt wurden als weitere Mitglieder Berthold Hauser aus Böblingen (DG Baden-Württemberg), Erika Krause-Schöne aus Rostock (DG Küste) und Arnd Krumpfen vom Flughafen Düsseldorf (DG NRW). In den geschäftsführenden Vorstand wiedergewählt wurden Frank Buckenhofer (BZG Zoll), Karlfred Hofgesang (DG Bayern), Sven Hüber

(DG Bereitschaftspolizei) und Rüdiger Maas (DG Akademie) als stellvertretende Vorsitzende, neuer Kassierer ist Klaus Borghorst (DG NRW) und Martin Schilff (DG Hannover) Schriftführer.

Der neue Vorsitzende, Jörg Radek, dankte den Delegierten für ihr Vertrauen und versprach, die erfolgreiche Arbeit des Vorstandes nahtlos fortsetzen zu wollen. Die Ziele für die nächsten vier Jahre sind im Leit Antrag, der einstimmig angenommen wurde, klar umrissen. Unter dem Arbeitsbegriff „Attraktivität für alle“ sind klare Forderungen erhoben, für deren Umsetzung sich der neu gewählte Vorstand einsetzen wird. Neben diesen Aufgaben aus dem Leit Antrag haben die Delegierten dem Vorstand eine ganze Reihe weiterer Aufgaben aufgegeben.

Anfang 2017 trat der bisherige stellvertretende Bezirksvorsitzende Karlfred Hofgesang in den Ruhestand. „Charly“ war über vier Jahrzehnte GdP-Mitglied. Über JUNGE GRUPPE-Arbeit (zu einer Zeit als gewerkschaftliche Betätigung als „Anschlag“ auf die Demokratie angesehen wurde) kam er schließlich in unterschiedliche gewerkschaftliche und personalrätliche Spitzenfunktionen. Infolge seines Ruhestandes stellte er auch seine gewerkschaftlichen Ämter zur Verfügung.

Die Delegierten aus allen Bereichen der Bundespolizei, des Zolls und der BAG kamen daher am 2. Mai 2017 in Köln zum Außerordentlichen Delegiertentag zusammen, um die Nachwahlen zum geschäftsführenden Bezirksvorstand (GBV)



Roland Voss, seit Mai 2017 neu im Vorstand

durchzuführen. Zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden wurde Erika Krause-Schöne gewählt, bisher weiteres Mitglied im GBV. Auf die dadurch freiwerdende Position als weiteres Mitglied wählten die Delegierten Roland Voss. Roland kann bereits auf jahrelange gewerkschaftliche und personalrätliche Erfahrungen zurückblicken. So war er beispielsweise langjähriger Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe Koblenz und Mitglied im Bundespolizei-Hauptpersonalrat. Seine dienstliche Heimat ist die BPOLI Bexbach, die zur BPOLD Koblenz gehört.

Zum Jahresende 2017 galt es mit Klaus Borghorst einen weiteren verdienten Kollegen in den Ruhestand zu verabschieden. Der aktive Bezirks- und Hauptpersonalrat gehörte dem GBV bereits seit 2002 an. Klaus stellte sein Amt im GBV bis zum Delegiertentag im April 2018 ruhend. Die Aufgaben des Kassierers übernahm bis dahin sein Stellvertreter Arnd Krumpfen.



Diese ruhestandsbedingten Personalwechsel werden in den nächsten Jahren auf allen gewerkschaftlichen und personalrätlichen Ebenen präsent sein. Eine Herausforderung, die sich der GBV zur Aufgabe gemacht hat, konstruktiv zu begleiten und für die Entwicklung von Nachwuchskräften zu sorgen.

Der 2014 gewählte Vorstand: Martin Schilff, Sven Hüber, Erika Krause-Schöne, Rüdiger Maas, Jörg Radek, Klaus Borghorst, Frank Buckenhofer, Berthold Hauser, Karlfred Hofgesang und Arnd Krumpfen.



Der GdP-Bezirk Bundespolizei: Gefragter Gesprächspartner in der Politik

In den vergangenen Jahren hat der Bezirk umfassende politische Arbeit betrieben, um unsere gewerkschaftlichen Forderungen voranzubringen. So ist es in erster Linie dem Einsatz der GdP zu verdanken, dass im Zuge der Migrationslage nicht nur ein immenser Anstieg der Neueinstellungen durchgesetzt wurde, sondern auch ein Aufstiegs- und Hebungsprogramm, das seinesgleichen sucht.

Damit sind wir mit einer Konsolidierung aber noch lange nicht am Ende! In Bundespolizei, Zoll und BAG gibt es noch viel zu tun.

Bezirksvorstandsmitglied Berthold Hauser (li.) und Bezirksvorsitzender Jörg Radek (re.) im Gespräch mit Dr. Johannes Fechner (SPD) unter anderem zur BodyCam, Gewalt gegen Polizisten und Schadenersatzregelungen für verletzte Beamte.

Auch gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahmen Vertreter des GdP-Bezirks Bundespolizei an zahlreichen politischen Gesprächen zu übergreifenden gewerkschaftlichen Themen teil.

Die Bundestagswahl am 24. September 2017 haben wir zum Anlass genommen, den Parteien zum Thema Innere Sicherheit auf den Zahn zu fühlen. Anstatt Wahlprüfsteine vorzulegen, haben wir die Programme zur Inneren Sicherheit auf Herz und Nieren geprüft und den Parteien für unser Mitgliedermagazin „Deutsche Polizei“ konkrete Nachfragen dazu gestellt: „Wie stellen Sie sich die Umsetzung Ihrer Konzepte vor? Sind die Vorschläge mit geltendem Recht vereinbar? Wie konkret sind die Ideen durchdacht?“



Treffen der GdP-Bezirksvorstandsvertreter Sven Hüber (li.) und Arnd Kruppen (re.) mit den SPD-Bundestagsabgeordneten Arno Klare (Verkehrsausschuss) und Mahmut Özdemir (Innenausschuss) in Berlin zum Thema Luftsicherheit.



MdB Johannes Kahrs (Mitte) unterstützt die Notwendigkeit eines Hebungsprogramms für die Bundespolizei im Gespräch mit dem Bezirksvorsitzenden Jörg Radek (re.) und dessen Stellvertreter Sven Hüber (li.).



Thomas Hampel (Inspekteur der Bayerischen Polizei), DG-Vorsitzender Andreas Roßkopf, der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, Wolfgang Strahberger und Wolfgang Stolz (beide DG Bayern) trafen sich auf Einladung der GdP zum Gespräch über Grenzkontrollen.



Arnd Kruppen (Bezirksvorstand), Ulla Schmidt (SPD), Norbert Spinrath (SPD), Michael Schaffrath (Vorsitzender Kreisgruppe Aachen) bei ihrem Treffen zur Situation an der Westgrenze.



Die MdB Schuster, Strobl, Brandl und Högl mit den GdP-Vertretern Radek und Hüber sowie den MdB Gerster, Lischka und Mayer: Innen- und Haushaltspolitiker aus CDU/CSU und SPD luden uns zum Gespräch über die Zukunft der Bundespolizei ein.



Bezirksvorstandsmitglieder Martin Schilff (li.) und Rüdiger Maas (re.) nehmen den SPD-Vorsitzenden Martin Schulz in ihre Mitte, um am Rande der SPD-Personalrätekonferenz über Forderungen für die Bundespolizei zu sprechen.



Auch im Saarland ist das Thema Westgrenze im Fokus: Bezirksvorstandsmitglied Roland Voss (li.) und Werner Berger (re.) von der Kreisgruppe Saarland im Gespräch mit MdB Markus Uhl (CDU).



Unser Programm zur Konsolidierung der Bundespolizei

Aufgrund des Sparzwangs der vergangenen Jahre und einer Politik, die sich wenig für die Innere Sicherheit zu interessieren schien, weist die Bundespolizei heute in vielen Bereichen dramatische Defizite auf – finanziell, personell, technisch, bei Ausrüstung und Ausstattung. Die Beschlüsse der Bundesregierung zur schrittweisen Verstärkung der Bundespolizei sowie die im Haushalt und im Eckwertebeschluss des Bundeskabinetts verankerten Maßnahmen sind erste dringend notwendige Schritte, das Problem anzugehen, gehen der GdP, Bezirk Bundespolizei, jedoch noch nicht weit genug.

Um eine „Konsolidierung“ der Bundespolizei (wie es der Koalitionsvertrag 2013 zwischen CDU/CSU und der SPD ausdrücklich vorsah) zu erreichen, bedarf es aus unserer Sicht noch wesentlich mehr. Wir wollen ein strategisches, langfristiges politisches Programm, das weit über die jetzt beschlossenen Maßnahmen hinausgeht. Das ist aus Gründen solider Planbarkeit von Personalwerbung, Beschaffungsprozessen und Bauvorhaben unabdingbar. Dafür haben wir entsprechende Eckpunkte für ein Konsolidierungsprogramm für die Bundespolizei entwickelt, die unter dem Dach eines besonderen Sicherheitskonsolidierungsgesetzes abgesichert werden sollten, das ggf. auch andere Sicherheitsbehörden des Bundes einschließt.

Ein Konsolidierungsprogramm muss berücksichtigen, dass das Aufgabenspektrum der Bundespolizei in zwei Feldern gleichrangig angesiedelt ist: Die Bundespolizei muss zum einen wieder in die Lage versetzt werden, die eigenen Aufgaben in Kompetenz des Bundes wahrzunehmen und zugleich die verfassungsrechtliche Garantie gegenüber den Ländern zu deren polizeilicher Unterstützung einlösen.

Eine Konsolidierung der Bundespolizei reduziert sich nicht auf Haushaltsfragen. Vielmehr muss auch im Bereich der gesetzlichen Aufgabenzuweisung und des Personalrechts einiges weiterentwickelt werden, um die Zukunftsfähigkeit der Bundespolizei zu gewährleisten. Beinhaltet sein sollten:

Haushaltsfragen

- Personalhaushalt (Personalausstattung Polizeivollzugsbeamte, Arbeitnehmer, Verwaltungsbeamte)
- Sachhaushalt einschließlich Beschaffungsbeschleunigungsmaßnahmen

Aufgaben-, Zuständigkeits- und Organisationsrechtsfragen

- Novellierung Bundespolizeigesetz
- Novellierung Gesetz über den unmittelbaren Zwang

Personalrechtsfragen

- Bundespolizeibeamtengesetz (Zoll-Aufnahme)
- Bundespolizeiaufbahnverordnung (Unterweisung für PVB der Länder, Zollbeamte, Zeitsoldaten)
- Anpassung Besoldungsgesetz für Personalgewinnung und Ausleihe (A 6 – A 7, Obergrenzen Zoll)
- Anpassung Versorgungsgesetz
- Arbeitszeitverordnung
- Erschwerniszulagenverordnung
- Beamtenversorgungsgesetz
- Umzugskostenrecht

Das Programm bildete seit Erscheinen 2016 die Grundlage für unsere Forderungen in zahlreichen politischen Gesprächen und der Öffentlichkeitsarbeit, sowohl des Bezirks als auch der Untergliederungen von Direktions- und Kreisgruppen.

Das vollständige Programm ist nachzulesen unter:
<http://www.gdpbundespolizei.de/konsolidierung.pdf>



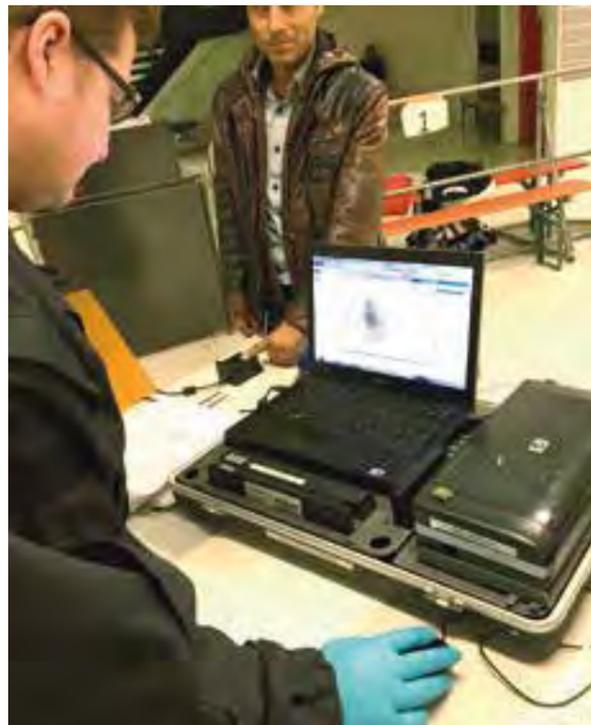
Grenzschutz: Eine Aufgabe mit besonderen Herausforderungen

Die Schaffung des Schengenraums und der Abschluss der Maastrichter Verträge sind zwei der großen Symbolprojekte der Europäischen Union (EU). Die Abschaffung der innereuropäischen Grenzkontrollen und die Einführung einer gemeinsamen Währung führten erst zu dem engen Zusammenwachsen Europas, wie wir es heute kennen und schätzen. Für uns als Gewerkschaft ist klar: Wir stehen zu Europa und Schengen. Ein Zurück zu den Schlagbäumen darf es nicht geben – trotz der großen Herausforderungen der vergangenen Jahre mit ihrem bisherigen Höhepunkt der Migrationslage 2015.

Aber wer gemeinsam ohne Grenzen leben will, muss auch zusammen seine Außengrenzen schützen. Hier gab es in der Vergangenheit dramatische Versäumnisse. Die Erkenntnis ist klar: Es muss zwingend bei der europaweiten Inneren Sicherheit enger und solidarischer zusammen gearbeitet werden. Für diese Veränderungen fangen wir jedoch nicht bei Null an. Bereits heute gibt es dank diverser grenzüberschreitender nationaler und internationaler Kooperationsformen der Bundespolizei, die auf Grundlage der europäischen Verträge und Verordnungen, sowie bilateraler Vereinbarungen existieren, gute Ansätze dafür. Gemeinsame Streifen haben sich als Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besonders bewährt und dank der Grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten besteht ein solides Netzwerk der Sicherheit. Es gilt diese guten Ansätze zu intensivieren und weiter auszubauen.

Sichere Grenzen und ein freies Europa sind kein Widerspruch. Sichere Grenzen garantieren vielmehr gerade die Freiheit in der EU. Das Thema des Grenzschutzes verdient daher mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung – und erst Recht die Beschäftigten, die für diesen Grenzschutz sorgen!

Insgesamt soll die Bundespolizei 3.760 Kilometer Land- und 760 Kilometer Seegrenze schützen. Doch um Sicherheit überall in gleichem Maße wie beim jetzigen Einsatz gewährleisten zu können, bräuchten wir über 5.000 Beschäftigte mehr. Der riesige Berg von 2,3 Millionen Überstunden, den die Bundespolizeikräfte bislang angehäuft haben, belegt überdeutlich, dass es so in Zukunft nicht weitergehen kann. Wir fordern daher vom Bundesinnenministerium, ein Entlastungskonzept für die Bundespolizei vorzulegen!



Nicht nachvollziehbar ist aktuell, warum intensive Kontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze stattfinden und Lücken an anderen Grenzen rund um Deutschland akzeptiert werden. Nur eine personalstarke Bundespolizei ermöglicht Kontrolldichte und Fahndungsdruck. Bislang gibt es keinen Vorschlag, die Überstunden zu reduzieren, und keine Maßnahmen, die Belastung zu senken. Die Schaffung neuer Stellen durch die scheidende Bundesregierung diente lediglich dem Ausgleich der Ruhestandszahlen. Damit werden nur alte Versäumnisse geheilt, ohne den gegenwärtigen Herausforderungen gerecht zu werden. Ein Konzept für die Zukunft ist das nicht!

Die erfolgreichen Grenzkontrollen im Rahmen des G20-Gipfels belegten deutlich, dass der Grenzschutz wieder einen höheren Stellenwert erhalten muss. Allein rund 750 per Haftbefehl gesuchte Straftäter gingen der Polizei bei diesen Grenzkontrollen ins Netz. Bereits während des Einsatzes zum G7-Gipfel in Elmau konnten ähnliche polizeiliche Erfolge verzeichnet werden. Die GdP spricht sich daher für flexible, lageabhängige Kontrollen aus – egal in welcher Region, um Terroristen, Schleusern und Menschenhändlern das Handwerk legen zu können. Ganz im Sinne des Schengener Abkommens sollte das Mittel der Binnengrenzkontrollen nicht übermäßig strapaziert werden. Stattdessen sollte der jeweiligen Situation angemessen und lagebildabhängig, zum Beispiel durch Schleierfahndung, reagiert werden, als durch permanente stationäre Kontrollen unnötig Kräfte zu verschleifen. Das würde auch der Dauerüberlastung der Beschäftigten in der Bundespolizei Einhalt gebieten.

Solange der Schutz der europäischen Außengrenze nicht funktioniert, braucht es ein Netzwerk innerhalb von Europa, das die grenzüberschreitenden Sicherheitsaufgaben bewältigt. Der Zoll muss ebenfalls in dieses Netzwerk – und noch intensiver als bisher auch in gemeinsame Streifen – eingebunden werden. Alle Behörden mit Sicherheitsaufgaben an den Grenzen müssen ihre Fähigkeiten bündeln.

Die GdP, Bezirk Bundespolizei, fordert daher die Erhöhung des Faktors EU-/Schengen-Binnengrenzkontrollen:

- an den West-Schengen-Grenzen auf die Messzahl der Ost-Schengen-Grenzen,
- an den Seegrenzen zur Durchsetzung des sogenannten „Dreistufigen Gefahrenfilters“ (Schiffe, Küstenboote, Landkräfte).

Das Thema Grenzschutz haben wir daher auch besonders vor den Bundestagswahlen 2017 in der Öffentlichkeits- und politischen Arbeit intensiviert. Es wurde eine Sonderausgabe des Konsolidierungsprogramms mit Schwerpunkt Grenzschutz erstellt und den Untergliederungen im Grenzraum Musteranschreiben an ihre Abgeordneten und Bundestagskandidatinnen und -kandidaten an die Hand gegeben, die dort auch intensiv genutzt wurden. Während des Einsatzes Massenmigration waren GdP-Vertreterinnen und -Vertreter regelmäßig im Einsatzraum zur Betreuung der Kolleginnen und Kollegen.



Kanzleramtsminister zu Besuch in Perl: Peter Fuchs, Leiter BPOLI Bexbach, GdP-Vorstand Roland Voss, Minister Peter Altmaier und Präsident Joachim Moritz. Der Schutz der EU-Außengrenzen, Binnengrenzkontrollen und die Frage einer Ausweitung des 30 km-Bereiches wurden ausführlich diskutiert.



GdP-Bezirksvorsitzender Jörg Radek beim Besuch in Rosenheim im Gespräch mit Einsatzkräften und Medienvertretern.



Weihnachten 2015: Martin Schilff ist mit einem Betreuungsteam der GdP Bundespolizei an der deutsch-österreichischen Grenze im Einsatz.



Das Personalfehl an der Grenze war Thema eines Gesprächs von Sven Beyer (rechts), aus dem Vorstand der DG Mitteldeutschland, mit Burkhardt Lischka (links), innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.



Aufgabe Bahnpolizei

Die vergangenen Monate und Jahre waren von einer stiefmütterlichen Behandlung der Aufgabe Bahnpolizei geprägt. Der GdP-Bezirk Bundespolizei hat daher auch für den bahnpolizeilichen Bereich umfassende Forderungen in seinem Konsolidierungsprogramm aufgestellt und in der politischen und Öffentlichkeitsarbeit auf die Problematik ungeschützter Bahnanlagen hingewiesen.

Die Hauptlast der tagtäglichen bahnpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung erfolgt in der Fläche und wird durch die dort zuständigen Bundespolizeiinspektionen getragen. Sie haben im Regeldienst mit den Dienstgruppenleitern dafür Sorge zu tragen, dass die Sicherheit für Bahnreisende gewährleistet ist: Das bezieht sich nicht nur auf die objektive Sicherheit, sondern auch auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Reisenden.

Gegenwärtig muss ein großer Teil an Bahnpolizeirevierern wegen Personalunterdeckung jedoch zeitweise geschlossen werden. Bereits durch die Reform 1998 und die Reform 2008 wurden eine Vielzahl von Dienststellen geschlossen oder herabgruppiert zu Dienstleistungsräumen. Teilweise umfassen Dienststellen (Inspektionen) ein ganzes Bundesland. Der Personalmangel führt zu Besetzungen von teilweise nur 70 %. Die Landespolizei ist häufig gezwungen, unterstützend einzugreifen, weil die Bundespolizei nicht mehr vor Ort ist.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Bahnhöfe zu Angsträumen werden!

September 2017: Flashmob und Infoaktion vor dem Berliner Hauptbahnhof. Wir informieren Bürgerinnen und Bürger über den Personalmangel.



Unsere Forderungen:

Es besteht ein Personalmehrbedarf für Streifenbeamte für die Bahnpolizeiaufgaben von mindestens 1.500 PVB (vgl. auch Haushaltsforderungen BPOLP 2015/2016). Zusätzlich besteht ein Bedarf zu Aufstockung des Anteils der Ermittlungsbeamten von bisher 10 v. H. auf 15 v. H. des Streifenbeamtenanteils, das entspricht 850 Stellen.

- Aufhebung der Abordnungen an die Südgrenze (Österreich) und Einsatz der Kolleginnen und Kollegen an den angestammten Dienststellen.
- Verbesserung der technischen Ausstattung im Bahnbereich hinsichtlich Digitalfunk und Videotechnik.
- Ausweitung bestehender und dort, wo noch nicht existent, Einrichtung von Sicherheitskooperationen in den Großstädten und Bahnhofsbereichen mit den Landespolizeien. (Beispiel Sicherheitskooperation Stuttgart zwischen Land und Bund.)
- Einstellung von Tarifpersonal und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten gemäß dem derzeit gültigen Organisations- und Dienstpostenplan (ODP), um Polizeibeamtinnen und -beamte von vollzugsfremden Aufgaben zu entlasten.



Jörg Radek: „Vor dem Hintergrund der terroristischen Bedrohung ist der aktuelle Personalnotstand mit vorübergehenden Revierschließungen nicht zu akzeptieren. Um eine Chance zu haben, Terroranschläge zu verhindern, braucht es Polizistinnen und Polizisten vor Ort, die „ihr Revier“ kennen und Auffälligkeiten am Schienennetz oder verdächtige Personen an Bahnhöfen rechtzeitig bemerken.“

Auszug aus einer GdP-Pressemitteilung vom 30.08.2017



Sven Hüber zur Idee der Einführung von Gesichtserkennungssoftware: „Wenn der Bundesinnenminister solche Pläne vorstellt, sich aber gleichzeitig davor scheut, die Bundespolizei mit ausreichenden Haushaltsmitteln in die Lage zu versetzen, die neue Technik auch anzuwenden, kann man das nur als Symbolpolitik bezeichnen. Was nützt es, wenn die Software einen potenziellen Schwerverbrecher auf dem Bahngelände erkennt, aber keine Polizisten da sind, um den Verdächtigen zu stellen?“

Auszug aus einer GdP-Pressemitteilung vom 12.06.2017



GdP-Kollegen Berthold Hauser (Bundespolizei) und Andreas Nowak (Landespolizei NRW) nehmen auf Einladung des Innenausschusses gemeinsam an einer Diskussion zur Sicherheit an Bahnhöfen im Düsseldorfer Landtag teil.

Die Bundespolizei: bei einem Bahnunfall direkt vor Ort.



Drei neue Schiffe für die Bundespolizei See

Sie werden kommen: Drei neue Einsatzschiffe für die Bundespolizei. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat sich in seiner Bereinigungssitzung im November 2016 gegen die ursprünglichen Pläne der Minister durchgesetzt.

Damit werden die drei alten Einsatzschiffe der Bundespolizei („Bredstedt“, „Neustrelitz“ und „Bad Dübener“) durch moderne, leistungsfähigere Fahrzeuge ersetzt, um langfristig die gute Arbeit der Bundespolizei See sicherzustellen.

Für die GdP war es unverständlich, dass die Haushälter bereits 2015 mit einem Paukenschlag die Finanzierung in Höhe von 165 Mio. Euro beschlossen hatten, diese jedoch im Sommer 2016 im Haushaltsvorschlag des Bundesinnenministeriums für das Folgejahr nicht fortgeführt wurden. Die GdP-Direktionsgruppe Küste hatte daraufhin presseöffentlich und in zahlreichen Gesprächen mit Politikern gefordert, die vollständige Finanzierung der Schiffe wiederherzustellen. Dem ist der Haushaltsausschuss gefolgt: Die Gelder in Höhe von 75 Mio. Euro sind für das Jahr 2017 beschlossen. Die Fasswerft in Berne bei Bremen wird die Schiffe auf Kiel legen und bis Ende 2018 bauen.



Bis Ende 2018 sollen die neuen Schiffe fertig sein. Die Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei See können es kaum erwarten.



Diensthundewesen: Bello braucht Verstärkung!

Die im März 2017 beabsichtigte Fortschreibung der Rahmenkonzeption für den Einsatz der BPOL-Diensthunde durch das Bundespolizeipräsidium haben wir zum Anlass genommen, unsere GdP-Forderungen für das Diensthundewesen einzubringen:

- Keine Reduzierung des ODP-Soll im Diensthundewesen
- ODP-Ist an Diensthunden endlich auf 100% erhöhen
- Vermehrt Sprengstoffspürhunde ankaufen und ausbilden
- Entsprechende Stellenausschreibungen der „KSB zgl. DHF“ bundesweit
- Ausstattung der Diensthundelehrwarte mit einem Diensthund
- Etablierung von Rauschgiftspürhunden in der BPOL
- Stärkung der Aus- und Fortbildung im Bereich des Diensthundewesens
- Etablierung einer zentralen Fachstelle auf Ebene des BPOLP

Unsere Bitte um Unterstützung des Diensthundewesens auf Facebook war unsere bislang erfolgreichste Social Media Aktion. An unserem Wettbewerb um das schönste Diensthundefoto beteiligten sich über 100 Menschen. Der Beitrag wurde 198 mal geteilt und erzielte eine Reichweite von rund 46.000 Personen.



Situation unserer BUK verbessern



Keine Einstellung von befristeten 1.000 uniformierten Tarifbeschäftigten für die österreichische Grenze! Einer solchen Forderung haben wir 2016 eine entschiedene Abfuhr erteilt. Wieso? Bundespolizeiliche Unterstützungskräfte (BUK) leisten seit Jahren einen wertvollen Beitrag für die Arbeit der Bundespolizei. Das Aufgaben- und Einsatzspektrum hat sich (vor allem durch die Bildung der ZBFD, für die sich die GdP engagiert hat) von der rein operativen Tätigkeit deutlich weiterentwickelt. Im krassen Gegensatz dazu stehen jedoch die Entwicklungs- und Qualifizierungsbedingungen ihrer Arbeit. Wir fordern daher eine deutliche Aufwertung der BUK und mehr Sicherheit für die Beschäftigten.

Das bedeutet im Einzelnen unseren Einsatz für:

- Eine schnellstmögliche dauerhafte Etablierung der Arbeitsverhältnisse, die bisherigen „kw-Vermerke“ (künftig wegfallend) für operative BUK müssen endlich gestrichen werden; Anhebung der Haushaltstellen als Grundlage für eine angemessene und anständige Grundeingruppierung nach mindestens EG 5 bzw. EG 8.

- Dort, wo keine operativen Tätigkeiten mehr ausgeübt werden, eine Umwandlung der Stellen in reguläre Verwaltungsangestellten-Stellen nach dem TVöD; breitere Angebote zur dauerhaften Übernahme von vollzugsfremden Verwaltungstätigkeiten in den Inspektionen und Ermittlungsdiensten; breiteres Angebot von beruflichen Qualifizierungen für Verwaltungsangestellte, Öffnung der vakanten Verwaltungsstellen und neu zu schaffender Verwaltungsstellen grundsätzlich auch für BUK mit Qualifizierungsanspruch.
- Volle Anrechnung der Zeit der Ruhepausen auf die Arbeitszeit bei operativen BUK wie bei den mit eingesetzten Polizeibeamten.
- Einen Ausbau des Erfolgsmodells ZBFD (Zentrale Bearbeitungsstellen für Fahrgelddelikte), in dem die BUK bereits heute vielfach eingesetzt sind für die Bearbeitung von Massendelikten. Die ZBFD müssen hierfür auch im Haushalt durch Planstellen finanziell unterlegt werden.

„Sind am Limit“: GdP fordert mehr Bundespolizisten für Düsseldorf
 Die Gewerkschaft der Polizei fordert mehr Beamte und bemängelt Überlastung durch unzählige Überstunden. Bundespolizei-Chef prognostiziert Besserung



Verdi beklagt Personalnot am Airport Düsseldorf
 Personalnot am Flughafen Düsseldorf. Bedarf würde höher sein als geschätzt

„Das knappe Personal muss unter Volllast arbeiten. Das kann zu weniger Sicherheit führen.“

Prüfer schmuggeln Bombenteile durch Sicherheitscheck
 Flughafen Köln/Bonn
 Der Tagesspiegel, 16.04.2016



Sicherheitskontrolle ignoriert:
PASSAGIERIN LÖST TERRORALARM AM FRANKFURTER FLUGHAFEN AUS
 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.08.2016

Problem mit Sicherheitskontrollen: Noch sechs Wochen Chaos am Flughafen Düsseldorf
 Rheinische Post, 6. September 2017



Luftsicherheit aus einer Hand!

Bereits seit mehreren Jahren werden regelmäßig bei Überprüfungen an verschiedenen deutschen Flughäfen eklatante Sicherheitsmängel in der Luftsicherheit festgestellt – und das in Zeiten einer stetigen Terrorgefahr. Gleichzeitig gibt es für unsere dort eingesetzten Vollzugsbeamten kaum Perspektiven, die Abordnungsmaßnahmen aus der gesamten Republik scheinen uferlos und unsere eigenen Fluggastkontrollkräfte werden von der Behördenleitung als „aussterbende Art“ behandelt. Dass hier etwas gewaltig schief läuft, ist offensichtlich. Die GdP Bundespolizei hat daher gerade das Wahljahr dafür genutzt, die Schaffung einer Anstalt des öffentlichen Rechts, einer sogenannten Bundesanstalt für Luftsicherheit, zu fordern.

Die Vorteile: Der Bund entlastet damit die Bundespolizei im Bereich der Luftsicherheit erheblich von administrativen Aufgaben und Aufgaben, die nicht zwingend durch Polizeibeamte wahrgenommen werden müssen. Zugleich kann die Bundespolizei dadurch in erheblichem Maße Personal für andere Bundespolizeiaufgaben freisetzen.

Die Bundesanstalt schafft zudem Arbeitsplatzsicherheit im Tarif: Die bisherige hohe Personalfuktuation bei den privaten Dienstleistern und die damit einhergehenden Zusatzkosten für Neuschulungen und Sicherheitsrisiken werden minimiert. Statt der heutigen fehlenden Zukunftsperspektive der Tarifbeschäftigten der Bundespolizei mit „künftig wegfallenden“ Stellen würden so Stellen für hoch qualifizierte „Luftsicherheitsassistenzen des Bundes“ geschaffen. Und der Bund gewährleistet eine lückenlose Sicherheitsüberprüfung aller in dem Aufgabenfeld eingesetzten Kräfte.

Durch die Organisationsform der Anstalt des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern ist eine kostengünstige und betriebswirtschaftlich sinnvolle Organisationsform möglich.

Eine zentral gebündelte Zuständigkeit schafft zudem eine bessere Lage- und Kontrollübersicht über die Tätigkeiten der im Bereich der Luftsicherheit eingesetzten Kräfte und die jeweilige Sicherheitslage. Durch die Bündelung von personellen Kompetenzen und materiellen Ressourcen in einer Hand ist eine schnelle und flexible Reaktion mit qualifiziertem Personal auf Sicherheitslageveränderungen zwischen den einzelnen Einsatzbereichen (Fracht, Gepäck, Passagiere, Vorfeld, Maschinen) und eine kontinuierliche Personalauslastung im Wechsel von nachfragestarken und -schwachen Zeiten möglich.



Gespräch zur Luftsicherheit in Hilden: Tim Röder (KG-Vorsitzender DUS), Anja Scheuermann (Geschäftsstelle), MdB Andreas Rimkus (SPD) und Arnd Krummel (Mitglied im geschäftsführenden Bezirksvorstand).

Rätsel um Krankmeldungen bei Security-Firma Was ist krank am Flughafen Köln/Bonn? Zeitweise 40 Minuten Stau beim Sicherheits-Check
 BILD vom 21.09.2017



GdP-Vertreterinnen und -vertreter aus Haupt-, Bezirks- und Gesamtpersonalrat im Gespräch mit der Leitung der BPOLD BP.

Bereitschaftspolizei: Unterstützung für unsere Einsatzkräfte

Die verschärfte Sicherheitslage in Deutschland und Europa führte in den vergangenen Jahren zu einer Reihe von Veränderungen innerhalb der Bundesbereitschaftspolizei: Man reagierte mit der Aufstellung von BFE+ und der Fortbildung der Einsatzkräfte zur Bewältigung komplexer Lebensbedrohlicher Einsatzlagen (KLE).

Zugleich war die Bereitschaftspolizei mit Einsätzen bei mehreren Großereignissen belastet: G7-Gipfel in Elmau, im Einsatz Massenmigration an der deutsch-österreichischen Grenze in 2015 und seinen Folgeinsätzen oder beim G20-Gipfel im Hamburg. Diese wurden bewältigt, obwohl die BePo bereits vorher u. A. mit der Fußballfanbegleitung, Demos, Protestaktionen und Großveranstaltungen stark belastet war.

Aus diesen Belastungen ergibt sich für die GdP ein Personalmehrbedarf von 920 Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen (5 Einsatz- sowie 2 Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften). Außerdem weitere 300 Planstellen als Ersatz für die BFE+. Diese Forderungen wurden im Konsolidierungsprogramm konkretisiert.

Durch die Unterstützung der Bundespolizeiakademie bei der Ausbildung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern (2. Dienstjahr) sind die Einheiten weiterhin stark geschwächt. Aufgrund der in Aussicht stehenden langjährigen Auslagerung der Ausbildung und auch unter Berücksichtigung einer zu erwartenden Auffüllung der EinsatzEinheiten in den kommenden Jahren kann dies nicht als dauerhaftes Provisorium stattfinden. Es sind dringend Maßnahmen für die ausreichende Ausstattung mit Ausbildungs- und Rahmenpersonal erforderlich. Im Hinblick auf die hohe Auslastung der Liegenschaften sind u. a. vernünftige Lösungen zur Erhöhung der Unterkunftsplätze notwendig.

Weitere Themen, bei denen sich die GdP stark gemacht hat, waren Fragen der Arbeitszeit (Flexibilisierung, Stundenabgeltung) und der Ausstattung (s. Folgekapitel).

Wasserwerfer der BePo in Blumberg.



Heinz Selzner (Direktionsgruppe BePo), Clemens Murr (Bundesvorstandsmitglied, zuständig für die Bereitschaftspolizeien), Uwe Sieber (Präsident der Bundesbereitschaftspolizei), Bundesvorsitzender Oliver Malchow und Bezirksvorsitzender Jörg Radek beim gemeinsamen Gespräch in Fulda.



23.000 Polizistinnen und Polizisten waren in Hamburg vor Ort im G20-Einsatz. Bei den massiven Ausschreitungen wurden über 800 von ihnen verletzt.



Raus aus der Abordnungsfalle!

Nichts nervt die Polizeibeamtinnen und -beamten und vor allem ihre Familien seit langem so sehr wie der immer wiederkehrende „Karawanenzug“ der Abordnungskräfte quer durchs Bundesgebiet. Besondere Einsatzlagen sind für Polizeibeamte in Ordnung – aber Dauerabordnungen ohne erkennbares Ende?

Für uns als GdP war klar, dass wir uns nicht auf das Fordern von – zweifellos notwendigen und eigentlich selbstverständlichen – „sozialverträglichen Regelungen bei Abordnungen“ beschränken wollen. Wir wollen im Interesse der Kollegen und ihrer Familien darüber hinaus deutlich mehr: Endlich raus aus der „Abordnungsfalle“. Dieses Problem muss von der Führung und dem BMI grundsätzlich angegangen werden. Der Weg dahin ist steinig, aber gangbar.

Wir wollen eine nachhaltige Personalpolitik und ein grundsätzliches Umdenken!

Daher haben wir uns in folgenden Bereichen bei der Behördenleitung, in der Politik und der Öffentlichkeit stark gemacht:

- Führungsziel „Abordnungen runterfahren“ setzen
- Langfristigere Personalbedarfsermittlung
- Endlich zielgerichtetes Einstellen
- Flächenverteilung von Aufgaben
- Aufgabenneuordnung Luftsicherheit
- Interne „Prozesse“ hinterfragen und Reserven schaffen
- Personalsparende Technologien schneller einsatzreif machen
- Polizeiliche Interessen gegenüber Airlines und Flughafenbetreibern durchsetzen
- Einfluss auf EU-Ebene nehmen – EU bestimmt Zahl der Abordnungen indirekt mit
- Bessere Rahmenbedingungen zum Bleiben schaffen
- Gute Rahmenbedingungen für Abordnungskräfte schaffen



Personalratswahlen in der Bundespolizei

Gemeinsam bringen wir die Bundespolizei voran! Die Gewerkschaft der Polizei erhielt von den Kolleginnen und Kollegen bei den Personalratswahlen mit im Schnitt rund 60 % der Stimmen den eindeutigen Auftrag, den eingeschlagenen Weg fortzuführen. Kompetenz, Verbindlichkeit und Authentizität zahlen sich aus.

Der Bundespolizei-Hauptpersonalrat (BHPR) zeichnete sich so auch weiterhin durch eine starke GdP-Handschrift aus. Unsere Personalvertreter bringen sich in dieser Vertretung auf höchster Stufe gegenüber dem Bundesministerium des Innern mit Verlässlichkeit, Einfallsreichtum und Beharrlichkeit für die Belange unserer Kolleginnen und Kollegen ein. Denn unser Berufsalltag wird durch hohe Belastungen, auch als Folge der Massenmigration, des Personalfehls und der Finanzlöcher, geprägt. Jede und jeder, egal in welcher Funktion, leistet einen ganz wichtigen Beitrag für die Innere Sicherheit in unserem Land. Das dürfen und werden wir uns nicht klein reden lassen!

So entfielen 59 % der Stimmen für Beamtinnen und Beamte auf die GdP als Liste 1. 66 % der Stimmen im Tarifbereich sprechen dabei ebenfalls eine eindeutige Sprache.

Der Wähler hat sich in Anbetracht von vier möglichen Listen deutlich für die Gewerkschaft der Polizei ausgesprochen. Der Vorsprung blieb so groß, dass nur die GdP im BHPR und BPR fähig war, den Vorstand zu stellen.

Auch im Bezirkspersonalrat (BPR) als Verhandlungsgremium mit den Verantwortlichen des Bundespolizeipräsidiums erzielte die GdP ein beeindruckendes Ergebnis. Somit konnten wir auch dort unsere Arbeit, nicht zuletzt als Ideenschmiede, fortsetzen. Unsere GdP-Vertreterinnen und -Vertreter auf der Liste für Beamtinnen und Beamte können sich auf 59 % der Stimmen abstützen; die Vertreter für den Tarifbereich auf 63 %.

Mit den beiden Vorsitzenden, Sven Hüber und Martin Schilff, stehen für uns an der Spitze des Bundespolizei-Hauptpersonalrates sowie des -Bezirkspersonalrates zwei anerkannte Persönlichkeiten, die mit klaren Ansagen und starker Haltung diese Interessenvertretungen führen.



... im Zoll

Am 5. April 2016 waren die Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, ihre Personalräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertretungen zu wählen. Über den Kurznachrichtendienst Twitter.com berichtete die BZG Zoll live über Ergebnisse aus den Dienststellen.

Die GdP konnte in den Personalräten des Zolls ordentlich zulegen: Erstmals seit 2008 ist auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Dachverband der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im Vorstand des HPR vertreten. Im HPR und erstmals gewählten BPR stellt die GdP mit sechs bzw. sieben Sitzen die zweitstärkste Fraktion. Im HPR sind sechs, im BPR vier Listen vertreten.

Auch auf der örtlichen Ebene haben sich die Listen der GdP etabliert.



... beim Bundesamt für Güterverkehr

Nach den Personalratswahlen vom 11. bis 15.4.2016 ist die GdP in vielen örtlichen Personalräten des BAG vertreten und konnte einen Sitz im Gesamtpersonalrat hinzugewinnen. Und der größte Erfolg: Die GdP sitzt erstmals im Hauptpersonalrat. Dort ging ein Platz für Tarifbeschäftigte an die Liste der GdP BAG.



Einsatz für den Zoll

Einsatz gegen die Generalzolldirektion

Im März 2015 legte das Bundesfinanzministerium den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation der Zollverwaltung hin zu einer „Generalzolldirektion“ (GZD) vor. Wir nahmen dazu über den DGB Stellung und äußerten unsere erhebliche Kritik an der Schaffung des „Zollgenerals“: Statt die interne Zusammenarbeit in der Zollverwaltung zu straffen und zu verbessern, sollte eine rechtlich zum Teil fragwürdige Mammutbehörde mit noch unübersichtlicheren Zuständigkeiten und Verfahrenswegen geschaffen werden. Wir redeten mit den innen- und haushaltspolitischen Sprechern aller Bundestagsfraktionen. Leider ohne Erfolg: Die GZD wurde zum 01. Januar 2016 eingeführt. Unser Ziel der Schaffung einer Bundesfinanzpolizei behalten wir dennoch bei und werden auch weiterhin dafür streiten!

Der Zoll in der Migrationslage

Zu Unterstützung der Bundespolizei wurden Zollbeamtinnen und -beamte beim Migrationseinsatz an der deutsch-österreichischen Grenze hinzugezogen: Eine Kooperation der beiden Behörden mit Grenzkompetenzen wie wir sie als GdP schon immer als Teil einer nachhaltigen Strategie für Innere Sicherheit vorschlugen. Damit wurde auch der vollzugspolizeiliche Anteil der Zollbeamtinnen und Zollbeamten öffentlich sichtbar.

In der Pressearbeit machten wir deutlich: Schleusung macht Menschenhandel und Arbeitsausbeutung erst möglich. Die unkontrollierte Zuwanderung wird somit auch früher oder später zum Thema für den Zoll.

Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

Zum Entwurf des neuen Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes brachten wir uns 2016 umfassend ein und informierten die Bundestagsabgeordneten über die Position der GdP.

Wir kritisierten, dass im Zusammenhang mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit immer wieder von „Mindestlohnkontrollen“ gesprochen wird. Das impliziert, es gäbe Kontrollen, die sich darauf beschränken zu kontrollieren, ob der gesetzliche Mindestlohn gezahlt wird. Richtig ist jedoch, dass bei jeder Kontrolle die vorliegenden Beschäftigungsverhältnisse auf die Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen überprüft werden. Diese Kontrollen führen inzwischen regelmäßig zur Aufdeckung von dem, was durch das Bundesministerium der Finanzen „Formen organisierter Schwarzarbeit“ genannt wird, in Wahrheit jedoch nichts anderes ist, als schwere und schwerste organisierte Kriminalität. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit ist die Ermittlungsbehörde, die das Hellfeld im Zusammenhang mit illegaler

Beschäftigung bis hin zu Straftaten nach §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft) bearbeitet. Dieser Aspekt wird erneut auch in der Diskussion um die Gesetzesreform vollkommen ausgeblendet – wieder werden Doppelstrukturen innerhalb des Zolls unangetastet gelassen, die nicht der Aufgabenerledigung des Zolls dienen, sondern nur verwaltungsinternen Interessen folgen. Wir wollen, dass sich das ändert und dass die aus dem Einsatz der FKS erwachsenden Erkenntnisse und Daten in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) einfließen.

Novellierung des Zollverwaltungsgesetzes

Im September 2016 legte die Bundesregierung den Entwurf eines neuen Zollverwaltungsgesetzes (ZollVG) vor, der auch eine langjährige Forderung der GdP beinhaltet und so eine eklatante Rechtslücke schließt: In einem neuen Paragraphen 10 a wurden erstmals die Befugnisse der Zollbediensteten im Vollzug bei Sicherheits- und Schutzmaßnahmen explizit benannt. Seit 2002 waren vergleichbare Regelungen bereits im Zollfahndungsdienstgesetz verankert – nun gelten sie endlich für alle Zollvollzugsbeamtinnen und -beamten! Am 4. November 2016 passierte das Gesetz den Bundesrat.

Damit können die Kolleginnen und Kollegen der Bezirksgruppe Zoll jedoch noch nicht abschließend zufrieden sein: Wir engagieren uns weiterhin dafür, dass neben den Sicherheitsmaßnahmen auch notwendige Maßnahmen zum Schutz Dritter und wesentlicher Vermögenswerte erfasst werden.



Damit hätten alle Vollzugsbeamten dieselben Befugnisse. Außerdem kämpfen wir weiter für eine Aufnahme der Zollvollzugsbeamten der Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste in den § 1 des Bundespolizeibeamtenengesetzes.

„Zoll 2017 – Wir brauchen einen starken Zoll, um die Bürger und die Wirtschaft möglichst gut zu schützen.“

In Vorbereitung auf die Bundestagswahlen im September 2017 startete die BZG Zoll eine breit angelegte Kampagne, um Bundestagsabgeordnete, -kandidatinnen, -kandidaten und Pressevertreterinnen und -vertreter über ihre Vorstellungen zur notwendigen Neuaufstellung des Zolls zu informieren. Auf rund 30 Seiten wurden in der Broschüre „Zoll 2017“ Aufgaben, zukünftige Herausforderungen und die Vorschläge der GdP für eine Neuaufstellung des Zolls umfassend und bis ins Detail beschrieben.

Uns ist wichtig zu vermitteln: Die vollzugspolizeilichen Einheiten im Zoll müssen endlich zum integralen Bestandteil der deutschen Sicherheitsarchitektur werden. Sie dürfen nicht länger nur „Annex“ der Steuererhebung sein. Was wir in diesen Zeiten mit einer terroristischen Bedrohungslage und wachsender organisierter Kriminalität und Geldwäsche brauchen, ist vielmehr ein starker Zoll, um den Staat, die Bürger und die Wirtschaft möglichst gut zu schützen. Nur mit einem professionell aufgestellten Zoll können Bundespolizei und Bundeskriminalamt in Zukunft stärker und inten-

siver zusammenarbeiten und die Sicherheitsaufgaben in Bundeszuständigkeit gemeinsam besser wahrnehmen. Das gilt insbesondere für die Sicherung der Grenzen (illegale Migration, Schleusung, Schmuggel und Menschenhandel), die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, die Aufspürung von illegalem Vermögen und die Bekämpfung von Terrorismus und dessen Finanzierung.

Deshalb fordern wir von einer neuen Bundesregierung: die Einführung einer Bundesfinanzpolizei!

GdP-Forderung zur Polizeizulage im Zoll durchgesetzt

Der Streit um die Zahlung der Polizeizulage im Zoll wurde 2017 juristisch beendet und die Gerichte gaben der GdP Recht! Die GdP hielt die aktuelle Verwaltungsvorschrift von Anfang an für rechtswidrig und kämpfte allein auf weiter Flur – gegen die Verwaltung und den vom Wettbewerber „Bund deutscher Zollbeamter (BdZ)“ geführten Hauptpersonalrat.

Mit Hilfe des GdP-Rechtsschutzes ist nun endgültig geklärt, dass Beamte, die in bestimmten Bereichen der Bundeszollverwaltung eingesetzt werden, einen Anspruch auf die Polizeizulage haben – egal, ob sie im konkreten Fall Waffenträger sind oder nicht. Das Bundesverwaltungsgericht hat ausdrücklich festgestellt, dass die VV-BMF-PolZul insoweit unwirksam ist, als sie für die Bediensteten, die in einem typisierten Bereich eingesetzt sind, die Zahlung der Zulage an darüber hinausgehende Bedingungen (z. B. Waffenträgereigenschaft) knüpft.

Allen Kollegen, die in typisierten Bereichen arbeiten und aus irgendwelchen Gründen die Zulage nicht bekommen, rieten wir, umgehend einen Antrag auf Zahlung zu stellen, da sonst unter Umständen zum Ende des Jahres 2017 eine teilweise Verjährung gedroht hätte.



Tatü Tata – Nix mehr da!

Unter diesem Motto organisierte die GdP im November 2014 eine Demo von Polizisten, Verwaltungsbeamten sowie Tarifbeschäftigten der Bundespolizei aus dem gesamten Bundesgebiet gegen den massiven Personalmangel und eine teilweise völlig überalterte Ausstattung der Bundespolizei.



Vor dem Bundesinnenministerium machten wir unserem Frust Luft und forderten den Bundesinnenminister als obersten Dienstherrn auf, sich für die berechtigten Forderungen nach mehr Personal und bessere berufliche Perspektiven endlich einzusetzen.



„Wir brauchen Verstärkung!“

Im April 2016 beteiligte sich der GdP-Bezirk Bundespolizei in mehreren Städten an Aktionen zur Kampagne der GdP Bund „Wir brauchen Verstärkung“.

Am 23.04.2016 machte die GdP in Hannover darauf aufmerksam, während tausende Kolleginnen und Kollegen der Bundes- und Landespolizeien anlässlich der Demonstration gegen das Freihandelsabkommen und in Erwartung des Obama-Besuches im Einsatz waren. Das GdP-Fahrzeug mit dem großen Plakat fand große Beachtung. Auch im baden-württembergischen Offenburg war das mediale Interesse an unserer Kampagne „Wir brauchen Verstärkung“ für mehr Personal in den Polizeien von Bund und Ländern groß.



Den Anfang machte unsere Aktion in Frankfurt am Main.



Auch im Ruhrgebiet unterstützten die Kolleginnen und Kollegen die Forderungen der GdP.



Vereidigung in Bamberg 2017, Fotos: Bundespolizei

Neueinstellungen erreicht!



Was lange währt wird endlich gut: Bereits seit Jahren haben wir die zunehmende Belastung der Bundespolizei öffentlich gemacht und in Gesprächen mit Politikern aller Parteien auf ein Ende der Sparpolitik und ein nachhaltiges Personalmanagement gedrungen.

Vor allem auf Druck der SPD ist es 2016 gelungen, das Ruder herumzureißen: Zu den bereits in 2015 beschlossenen zusätzlichen 3.000 Stellen (je 1.000 in den Jahren 2016 bis 2018) und zusätzlich zu den 270 Stellen aus dem Regierungsentwurf 2017 wurden im Haushalt 2017 Finanzmittel für weitere 700 Stellen eingeplant. Damit konnten allein in 2017 1.970 neue Stellen bei der Bundespolizei geschaffen werden. Diese dienen vor allem zur Verstärkung des grenzpolizeilichen Dienstes, der Flughafen- und Bahnpolizeilichen Aufgaben, der Aus- und Fortbildung, der Entlastung des Vollzugsdienstes sowie zur Stärkung von Verwaltung und IKT. Zwar gehen unsere Forderungen als GdP noch immer weit darüber hinaus, doch ist damit ein erster starker Akzent für eine Konsolidierung der Bundespolizei gesetzt worden.

Neue Aus- & Fortbildungsstandorte: Bamberg und Diez

Am 1. September 2016 begannen 800 Anwärterinnen und Anwärter des mittleren Dienstes ihre Ausbildung am neu eingerichteten Bundespolizei aus- und -fortbildungszentrum Bamberg. Damit die Ausbildung auch erfolgreich gelingt, ist unter anderem eine angemessene Personalausstattung erforderlich.

Durch die GdP wurde immer wieder auf die Notwendigkeit der personellen Verstärkung hingewiesen. Auch der Bundespolizeihauptpersonalrat hatte sich im Stellungnahmeverfahren massiv für eine Verstärkung des Personals und Abänderung des ODP eingesetzt. Nach zwei Besprechungen im BPOLP im Juni 2016 konnten dann einige Verbesserungen

bei der Personalausstattung erreicht werden. Damit standen zum Start der Ausbildung nun dem BPOLAFZ Bamberg neun PVB, zwei VB und 40 Beschäftigte mehr als ursprünglich vorgesehen zur Verfügung.

Zum Ausbildungsstart 2017 nahmen knapp 500 jungen Menschen die Ausbildung am Standort Diez auf und wurden Ende Oktober auf dem Marktplatz feierlich vereidigt. Der gemeinsame Einsatz der GdP und der Politik ermöglichten tausende Einstellungen bundesweit, davon fast 500 Einstellungen neuer Kolleginnen und Kollegen in Diez. Hinzu kommen mit dem neuen Standort auch Arbeitsplätze im Bereich der Fachverwaltung. Und ganz gleich in welcher Verwendung, ob im In- oder im Ausland: Überall sind die Kompetenzen und der Einsatz der Bundespolizei gefragt.

An beiden Standorten, Bamberg und Diez, sind inzwischen tatkräftige GdP-Kreisgruppen entstanden.



Befragung und Kampagne zur Arbeitszeit

In der Zeit von Mai bis Juli 2015 haben wir unseren Mitglieder die Möglichkeit gegeben, im Rahmen einer Onlinebefragung ihre Einstellung zu Arbeitszeitfragen einzubringen. Wir wollten ein Stimmungsbild einholen und ermitteln, welche Arbeitszeithemen unseren Kolleginnen und Kollegen auf den Nägeln brennen.

Wie wichtig Arbeitszeithemen sind, vor allem die faire und gerechte Abgeltung von Arbeitszeit, hat sich wieder einmal besonders deutlich in der Folge des G7-Gipfels und bezüglich des Einsatzes „Massenmigration“ gezeigt. Die Kolleginnen und Kollegen setzen sich mit hoher Motivation und hohem Engagement ein, um solche Lagen, aber auch den dienstlichen Alltag in der Bundespolizei, im Zoll und im BAG zu bewältigen. Sie wollen dafür aber auch eine entsprechende Wertschätzung erhalten. Dies bedeutet zuerst auch eine gerechte und wertschätzende Vergütung der Arbeits- und Bereitschaftszeiten.

Befragungsergebnisse waren unter anderem:

- Beamte finden die Wiedereinführung der 39-Stundenwoche mit 82,96 % (sehr) wichtig.
- Dass der Dienstplan auf die persönlichen Belange Rücksicht nimmt, finden 51,71 % der Beamten, jedoch nur 42,86 % der Tarifbeschäftigten wichtig.
- Das Thema freie Wochenenden finden Schichtdienstleistende zu 61,05 % wichtig. Wer dagegen nicht im Schichtdienst arbeitet, findet es nur zu 46,47 % wichtig.
- Beim Thema Gleitzeitregelungen gibt es einen deutlichen Unterschied je nach Tätigkeit: Nur 52,18 % im Einzeldienst finden dies wichtig, jedoch 63,73 % bei der Bereitschaftspolizei und 89,61 % in der Verwaltung.

Die vollständigen Ergebnisse der Befragung sind hier einsehbar: <http://bit.ly/2BMNAa1>

Auf Basis der Ergebnisse haben wir unsere gewerkschaftspolitischen Forderungen weiterentwickelt und diese sowohl in unseren politischen, als auch in der personalrätlichen Arbeit in den Fokus genommen.



Dank GdP: Erfüllungsübernahme bei Schmerzensgeldansprüchen schon ab 250 Euro möglich

Nachdem wir nicht nur schriftlich, sondern auch hartnäckig im Beteiligungsgespräch nach § 118 BBG darauf beharrten, dass auch titulierte Schmerzensgeldansprüche gegen mittellose Schädiger vom Dienstherrn übernommen werden sollten, die einen Mindestwert von 250 Euro haben, hat der Gesetzgeber sich genau auf diese finanzielle Grenze geeinigt.

Am 7. Juli 2016 verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamtinnen und Beamte des Bundes und Soldatinnen und Soldaten sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“, das auch die Erfüllungsübernahme des Dienstherrn bei Schmerzensgeldansprüchen der Beamtinnen, Beamten, Soldatinnen und Soldaten (wenn die Schädigenden

mittellos sind) beinhaltet. Unsere Motivation lag darin, dass rund 2/3 der Ansprüche unter der zuvor gesetzten Grenze von 500 Euro liegen.

Im Folgejahr bestand die Neuregelung ihren ersten Praxistest: Im ersten Verfahren bundesweit konnte ein GdP-Kollege der Bundespolizei davon profitieren. Dem Kollegen war von dem zuständigen Landgericht ein Schmerzensgeldanspruch in Höhe von 21.000 Euro zuerkannt worden. Mit Rechtschutz durch den GdP-Bezirk Bundespolizei stellte der Beamte seinen Antrag über Erfüllungsübernahme an das zuständige Service-Center der Generalzolldirektion, der nun positiv entschieden wurde.

Schutz vor Gewalttaten im StGB verankert

Diese Entscheidung des Bundestages war lange überfällig: Ende April verabschiedete das Parlament das „Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches – Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften“. Die GdP hat über sieben Jahre darum gekämpft, der wachsenden Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten ein deutliches Zeichen des Gesetzgebers entgegenzusetzen. Polizisten werden angegriffen und zum Teil schwer verletzt, weil sie Polizisten

sind. Sie werden angegriffen und verletzt nicht nur bei Maßnahmen, die sie vollstrecken müssen, sondern auch völlig ohne Anlass, allein, weil sie dieses Amt im Auftrag von Staat und Gesellschaft ausüben. Deshalb richtet sich solche Gewalt auch gegen den Staat und die Gesellschaft selbst. Richtig ist es daher auch, dass die gesetzlichen Änderungen auch für den Einsatz der Feuerwehr und der Rettungsdienste gelten.



Sicherheitszulage für Tarif & Verwaltung: BMI will GdP-Forderung aufnehmen

Während in mehreren Sicherheitsbehörden des Bundes, wie dem Bundeskriminalamt, dem Bundesnachrichtendienst, dem Bundesamt für Verfassungsschutz oder dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, bereits Zulagen gezahlt werden, die die erhöhte Gefährdung der Beschäftigten im Tarifbereich und Verwaltungsbereich entschädigen sollen, bleiben diese bisher den Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten der Bundespolizei verwehrt. Aus unserer Sicht eine große Ungerechtigkeit! Daher haben wir uns am 18. September 2017 schriftlich an den Bundesinnenminister gewendet und uns für die Einführung einheitlicher Sicherheitszulagen ausgesprochen.

Zahlreiche Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte sind im operativen Bereich der Bundespolizei tätig. Diese Dienstverrichtungen rechtfertigen eine besondere Zulage, da diese mit einer potentiellen Gefährdung der Beschäftigten einhergehen.

Im Antwortschreiben des BMI an die GdP heißt es zu unserer Forderung: „Ihre Anregungen werden in die Überlegungen zur Fortentwicklung des Besoldungsrechts einbezogen.“ Wir werden dranbleiben und das BMI regelmäßig erinnern!



Erhöhung der DuZ-Zulage erstritten!

Das Jahr 2016 begann mit guten Nachrichten: Zum 1. Januar trat die Erhöhung der Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten in Kraft. Bereits seit 2009 hatte die GdP unermüdlich dafür gekämpft, dass den besonderen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen auch beim DuZ endlich Rechnung getragen wird. Nun beträgt die Zulage an Samstagen 1,15 € (statt vorher 0,64 €), für Nachtarbeit 2,30 € (statt 1,28 €) und an Sonn- und Feiertagen 4,90 € (statt 2,72 €). Das sind deutliche Erhöhungen, die sich sehen lassen können!

Durchbruch beim Freizeitausgleich für Bereitschaftsdienst

Auf Druck des GdP-geführten Hauptpersonalrats beim BMI wird nun rückwirkend ab November 2015 zu 100 % Freizeitausgleich gewährt – sowohl für als Mehrarbeit (§ 88 BBG) angeordneten Bereitschaftsdienst als auch für übrige Zeiten (§ 87 BBG), die als Bereitschaftsdienst absolviert wurden. Bislang wurden hier nur 50 % anerkannt.

Um die Zeiten anerkannt zu bekommen, müssen Polizistinnen und Polizisten keine Ansprüche geltend gemacht haben. Die rückwirkende Gutschrift erfolgt von Amts wegen, alle Kolleginnen und Kollegen werden gleich gewertet – auch in Fällen, in denen diesen Zeitraum betreffende Verwaltungsstreit- oder andere (Widerspruchs-)Verfahren bereits erfolglos abgeschlossen wurden. Das BMI beugt sich damit mehreren Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts, das entschieden hatte, dass für als Mehrarbeit geleisteten Bereitschaftsdienst Freizeitausgleich im Verhältnis „1 zu 1“ zu gewähren ist – wie es die GdP gefordert hatte.

Verlängerung der bisherigen Ruhepausenregelung

Die zähen Verhandlungen zwischen der GdP, bzw. ihren Vertretern im Bundespolizeihauptpersonalrat, mit dem Bundesinnenministerium und dem Präsidium zugunsten einer beschäftigtenfreundlichen Ruhepausenregelung dauern noch weiter an. Die gegenwärtige Ruhepausenregelung wird daher zunächst bis zum 30.06.2018 verlängert, um für die Kolleginnen und Kollegen weiterhin für Rechtssicherheit zu sorgen. Durch einen Erlass vom 9. Mai 2017 wurde festgelegt, dass zukünftig überall Pausen im täglichen Dienst zu machen sind, die nicht als Arbeitszeit angerechnet werden. Weil eine solche Pause für Kolleginnen und Kollegen im Schichtdienst völlig unmöglich ist, fordert die GdP eine endgültige Herausnahme der Bundespolizei aus dieser Regelung. Im Zwischenschritt konnte die GdP immerhin die zeitlich befristete Ausnahme von dieser Regelung bis zu einer endgültigen Entscheidung erreichen.





Judith Hausknecht, Sven Hüber, MdB Dr. Reinhard Brandl, Christian Moog und Martin Friese (beide JUNGE GRUPPE) im Gespräch zum Kaufkraftausgleich in Hochpreisregionen.

Kaufkraftausgleich

Gerade für viele Berufsanfängerinnen und -anfänger in Bundespolizei und Zoll bedeutet der Berufseinstieg: weg von der Heimat und hohe Lebenshaltungskosten, die das karge Einstiegsgehalt nahezu komplett auffressen. Deswegen hat sich die JUNGE GRUPPE der GdP, unterstützt durch den Bezirksvorstand, zu einer Kampagne für den Kaufkraftausgleich entschlossen. Der Kaufkraftausgleich war bereits als Ziel im Programm „Attraktivität für alle“ verankert. Denn schließlich treffen die hohen Preise vor allem die unteren Einkommensklassen – d. h. Tarifbeschäftigte und Berufseinsteiger/innen.

Neben einer Postkartenaktion der JUNGEN GRUPPE zum Mitmachen, standen bereits zahlreiche Gespräche mit Vertretern verschiedener politischer Parteien auf dem Programm, unter anderem mit den Abgeordneten Dr. Reinhard Brandl (CSU), Uli Grötsch (SPD), Stephan Mayer (CSU) und Armin Schuster (CDU).

Ein erster Erfolg: Der Punkt Wohnungsfürsorge für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes schaffte es in die Koalitionsvereinbarungen von Unionsparteien und SPD vom 7. Februar 2018.



Einsatz für neue Beförderungsrichtlinien

Nachdem die GdP mit der Neubewertung der Dienstposten und dem Beschaffen tausender zusätzlicher Beförderungsmöglichkeiten im Bundeshaushalt wichtige Meilensteine setzen konnte, ging es uns im nächsten Schritt darum, die Beförderungsrichtlinien neu zu ordnen, um für alle transparente, nachvollziehbare und faire Auswahlentscheidungen zu treffen. Daher haben wir unsere Mitglieder 2016 eingeladen, sich mit ihren Kritikpunkten, Ideen und Vorschlägen zu neuen Beförderungsrichtlinien einzubringen und an die GdP und die von ihr aufgestellten Personalräte zu wenden.

Die Beförderungsrichtlinien sollten ursprünglich bis zu der ersten Beförderungsrunde Anfang 2017, die in Zusammenhang mit der neuen Beurteilungsrichtlinie stehen wird, angepasst sein. Die konnte jedoch nicht erreicht werden. Daher gilt nach wie vor die bestehende Beförderungsrichtlinie von 1998 mit den bereits erfolgten Modifizierungen. Diese bedarf jedoch wegen der aktuellen Rechtsprechungen hinsichtlich der Binnendifferenzierung einer weiteren Modifizierung, da sonst absehbar ist, dass Beförderungen vollständig behindert werden. Wir haben dazu zahlreiche Vorschläge eingebracht, unter anderem das „Einfügen der Binnendifferenzierung jeweils nach der Gesamtnote“ und eine Harmonisierung in den Jahrgängen.

Trotz mehrmaliger Anfrage des HPR tat sich im BMI nichts – begründet wurde dies u. a. mit Personalmangel. Auf Druck von HPR und BPR hat das Thema seit November 2017 nun wieder an Fahrt aufgenommen. In einem Gespräch mit dem BMI versicherte die Arbeitgeberseite ihren Wunsch nach Konsensfindung. Als gemeinsames Ziel wurde die Veröffentlichung einer neuen Beförderungsrichtlinie im 1. Quartal 2018 beschlossen.



Kampagnenmotiv der JUNGEN GRUPPE zum Kaufkraftausgleich.

Versprechen gehalten: GdP-Kampfansage für mehr Beförderungen endlich erfolgreich!

Unser Anspruch war es faire Beförderungsmöglichkeiten für die Polizeiobermeister zu erringen – dafür haben wir mit unsere „POM-Bauch“-Kampagne gekämpft. Zudem war unser Ziel, den Beförderungsstau in allen drei Laufbahngruppen aufzulösen.

Fazit: Versprechen gehalten! In unzähligen, oft zähen Gesprächen und Verhandlungen mit Haushalts- und Innenpolitikern des Bundes ist es uns gelungen zu überzeugen. So konnten nicht nur zusätzliche Planstellen für Neueinstellungen sondern auch eine „Durchschlüsselung“ erreicht werden. Der Beförderungsstau wurde aufgelöst und entscheidende Beförderungschancen für Alt-POM geschaffen.

Zusätzlich 800 Hebungen für die Bundespolizei

Die GdP setzte zur Überraschung von Bundesinnenministerium (BMI) und Bundespolizeiführung im Herbst 2016 im Parlament 800 Hebungen und damit echte Aufstiegschancen aus dem mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst durch: 2017 starteten die bundesweiten Ausschreibungen für 400 der beschlossenen 800 zusätzlichen Hebungsdienstposten. Die zweite Hälfte folgt in 2018 – beide Margen jeweils prozentual auf die Behörden verteilt. Dass es zu 800 zusätzlichen Hebungen gekommen ist, war ein hartes Stück Arbeit in unserer politischen Arbeit. Selbst Bundespolizeipräsident Dr. Dieter Romann hat anerkannt, dass die Durchsetzung dieser Hebungen eine ausschließliche Leistung der GdP war.

6.000 Beförderungen im Haushaltsjahr 2017

Mit großem Erfolg hat sich die GdP für mehr Beförderungen eingesetzt: Insgesamt standen der Bundespolizei 2017 über 6.000 Beförderungen zur Verfügung. Davon 5.769 Beförderungen für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte sowie weitere 381 für Verwaltungsbeamtinnen und -beamte.

Diese Beförderungen sind endlich auch eine Anerkennung für die hohen Belastungen, denen unsere Kolleginnen und Kollegen ausgesetzt sind! Außerdem machten die o.g. 800 Plus-Aufsteiger weitere 800 Beförderungen frei!



© Visions-AD - fotolia.com

Neue Erschwerniszulagenverordnung

Die am 29.03.17 vom Bundeskabinett beschlossene Novellierung der (EZuV) Erschwerniszulagenverordnung sieht sowohl eine Erhöhung der Zulage bei bereits bestehenden Regelungen als auch die Aufnahme weiterer gleichwertiger Erschwernistatbestände vor. Damit kam das Bundeskabinett langjährigen Forderungen der GdP nach. Anfang des Jahres hatten wir eine umfassende Stellungnahme zum Gesetzentwurf eingebracht und uns auch persönlich beim Beteiligungsgespräch dafür stark gemacht.

Die monatlichen Zulagen für bestehende Verwendungen wurden in der Folge für verschiedene Beschäftigtengruppen angepasst. U. a. in der GSG 9, dem Zollfahndungsdienst, für Flugsicherheitsbegleiter oder für in einer Mobilien Fahndungseinheit oder als Tatbeobachter in einer Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaft eingesetzte Operativtechniker. Außerdem wurde auf Druck der GdP eine neue Zulage für „Tätigkeiten mit kontaminierten Personen oder Gegenständen“ geschaffen. In einigen anderen Punkten besteht noch Verbesserungsbedarf. Wir bleiben dran!



GdP: Bei den Tarifrunden ganz vorne mit dabei!

In den beiden Tarif- und Besoldungsrunden 2014 und 2016 war der Bezirk Bundespolizei aktiv: Vor dem Verhandlungsort in Potsdam, bei den dezentralen Warnstreiks und Demonstrationen sowie im Anschluss bei der Forderung zur Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten war die GdP, Bezirk Bundespolizei, stets stark vertreten.

In der Tarifrunde 2014 ist es uns gelungen, gegen den harten Widerstand der Arbeitgeber eine soziale Komponente mit durchzusetzen: Das Ergebnis waren in den ersten zwölf Monaten der vereinbarten zweijährigen Laufzeit 3 %, mindestens aber 90 Euro mehr, sowie in einem zweiten Schritt eine Erhöhung um weitere 2,4 %. Damit haben wir es geschafft, eine deutliche Reallohnsteigerung zu erreichen. Mit der Ausgestaltung eines Mindestbetrages wurde ein wichtiges Zeichen für die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen gesetzt. Wichtig war für uns auch die Frage des Urlaubs: Hier konnten wir mit den nun verabschiedeten 30 Tagen für alle Kolleginnen und Kollegen einen echten Erfolg einfahren.

Die Tarifrunde 2016 gestaltete sich von vornherein schwer: Die Arbeitgeber stellten sich kategorisch quer und brachten zu den Auftaktgesprächen überhaupt kein Angebot mit: Alles sollte so bleiben wie bisher – eine Frechheit! Auch das erste Angebot der Arbeitgeber beim nächsten Gesprächstermin war nicht viel besser: In 2016 sollte eine Erhöhung um 1 %, in 2017 eine Erhöhung um weitere 2 % erfolgen – ebenfalls ein Schlag ins Gesicht. Zwischen den Verhandlungsterminen hatten sich über 100.000 Beschäftigte an den Warnstreiks und Demonstrationen beteiligt. Anscheinend mit Erfolg: Denn beim nächsten Verhandlungstermin konnte mit den Arbeitgebern eine annehmbare Einigung erzielt werden, auch wenn wir uns mehr erhofft hatten: So gab es 2,4 % mehr zum 1. März 2016 und weitere 2,35 % mehr zum

1. Februar 2017. Die Ausbildungsvergütungen wurden in zwei Schritten um insgesamt 65 Euro erhöht. Bei der Zusatzversorgung von Bund und Kommunen konnte eine Leistungseinschränkung verhindert werden.

Beide Tarifergebnisse wurden zeit- und wirkungsgleich auch für die Beamtinnen und Beamten sowie die Pensionärinnen und Pensionäre übernommen.

Während der GdP Bundesvorstand die Kosten für die Veranstaltungen und die Reisekosten für die Teilnehmer trug und satzungsgemäß Warnstreikgelder auszahlte, unterstützte der Bezirk Bundespolizei seine Demo- und Warnstreikteilnehmenden zusätzlich mit Handgeldern und Verpflegung. Auch sorgte der Bezirk mit seinen eigenen Kampagnenmotiven für Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeitsarbeit und schaffte es so auch in beiden Runden u. a. in die „Tagesschau“.

Wir danken allen Kolleginnen und Kollegen, die mit viel Engagement, Einsatz und Kreativität die bundesweiten Warnstreikaktionen und Demonstrationen tatkräftig unterstützt haben!

Auch in der Tarif- & Besoldungsrunde 2018, die nach Redaktionsschluss dieses Berichtes beginnt, werden wir uns wieder bei Demos und Aktionen voll einbringen. Mit unserer Forderung nach einer Tariferhöhung von 6 %, mindestens aber 200 € haben wir eine faire Forderung vorgelegt.



Umsetzung der Entgeltordnung & Höhergruppierung für Tarifbeschäftigte

Nach langem Kampf wurde endlich eine Entgeltordnung Bund durchgesetzt. Doch dann ging die Arbeit für GdP und ihre Personalräte erst richtig los.

Noch 2014 hat die GdP gemeinsam mit unseren Kollegen der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ein Programm entwickelt, mit dem wir für Mitglieder Vergleichsrechnungen aufgrund der neuen Entgeltordnung erstellen können. Bei Eingabe in den Vergleichsrechner kann festgestellt werden, ob sich ein Höhergruppierungsantrag aufgrund der Tätigkeitsmerkmale der Entgeltordnung (EGO) lohnt. Mit persönlicher Beratung unterstützte unser Bezirk in der Folge die Tarifbeschäftigten.

Bei den Haushaltsverhandlungen 2015 schafften wir es darüber hinaus, dass nicht nur (wie von der Regierung geplant) 30, sondern 1.000 Tarifbeschäftigte der Bundespolizei von der EG 3 in die EG 5 höhergruppiert werden konnten! Wir haben in der Folge unsere Energie darauf verwendet, die vollständige Nutzung aller höherwertigen Stellen anzumahnen und die Behörden nach einem vorzunehmenden Ab-

gleich zwischen Stellenplan und Ist-Eingruppierungen zu ermöglichen und parlamentarisch gewollten Höhergruppierungen anzuhalten. Unsere Auffassung war und ist: Sollten personenbezogen tarifrechtliche Gründe entgegenstehen, so muss alles darauf verwendet werden, diese auszuräumen – sei es durch organisatorische Maßnahmen, Qualifizierungen, die im TVöD ausdrücklich verankert sind, oder andere denkbare Wege.

Bei den Haushaltsverhandlungen für das Haushaltsjahr 2017 konnte erreicht werden, dass der Kassenanschlag Tarif der Bundespolizei deutlich verbessert wurde. Beispielsweise in der Bundespolizeiakademie konnten so 114 Stellenhebungen erfolgen – so viele hat es im Tarifbereich bei der Akademie noch nie gegeben!

Mit GdP-Rechtsschutz gelang es außerdem 2017, die Höhergruppierung eines Waffenmechanikermeisters in der Bundespolizei in die EG 9a durchzusetzen. Das Urteil gibt nun viele praktische Hinweise für weitere Höhergruppierungsfragen.

JAV-Wahlen 2015 & 2017 in der Bundespolizei

Am 28. Mai 2015 wurden in der Bundespolizei die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) beim Hauptpersonalrat im Bundesinnenministerium und beim Bezirkspersonalrat im Bundespolizeipräsidium neu gewählt. Die Gewerkschaft der Polizei konnte sich mit einem Riesenvorsprung vor ihren Mitbewerbern durchsetzen und erhielt in der HJAV und BJA-V jeweils rund 63 % der Stimmen. Die GdP war somit in der BJA-V mit sieben und in der HJAV mit acht Sitzen vertreten.

Auch 2017 wurden erneut sehr gute Ergebnisse erzielt. Im Juni nahm die neugewählte Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV) ihre Arbeit auf. Tanja Flemming (BPOLD Koblenz) ist die neue Vorsitzende der HJAV. Die 25-jährige Verwaltungsbeamtin wurde im Rahmen der konstituierenden Sitzung am 31. Mai in Potsdam in dieses Amt gewählt. Zu ihrem Vertreter wurde Felix Bosdorf von der BPOLD Pirna gewählt. Die HJAV besteht aus sieben Mitgliedern. Sechs der neugewählten JAV'ler sind Mitglied in der GdP. Nach der konstituierenden Sitzung in Potsdam konnte auch die neu gewählte Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung (BJAV) der Bundespolizei mit ihrer Arbeit begin-

nen. Die 23-jährige Eileen Sommer aus der BPOLD Hannover wurde zur neuen Vorsitzenden der BJA-V gewählt. Stellvertreterin ist Carmen Stolzenburg (25), Auszubildende im ersten Lehrjahr aus der BPOLD Koblenz.



Kampagne gegen Befristungen: „Mein Kollege hat kein Ablaufdatum!“



Die Beschäftigungsquote ist auf einem Rekordhoch und dennoch gibt es in Deutschland derzeit über 3,2 Mio. befristet beschäftigte Menschen. Der öffentliche Sektor spielt dabei eine besonders unrühmliche Rolle. Der Anteil befristeter Neu-Verträge liegt hier bei rund 60 %. In der Hälfte der Fälle ist die Befristung sachgrundlos.

Für die Kolleginnen und Kollegen bedeuten befristete Verträge eine große Unsicherheit: Sie können weder ihre private noch berufliche Zukunft planen. Die Lebensqualität leidet: Befristet Beschäftigte sind weniger zufrieden und haben mehr gesundheitliche Probleme. In der Bundespolizei haben derzeit 608 Tarifbeschäftigte einen befristeten Arbeitsver-

trag – also mehr als jede/r zehnte Tarifbeschäftigte! In 307 Fällen ist diese Befristung sachgrundlos. Das wollen wir ändern! Denn gute Arbeit ist unbefristet: Befristete Arbeitsverträge ohne sachlichen Grund gehören abgeschafft! Und auch insgesamt soll die Möglichkeit, Arbeitsverträge zu befristen, eingeschränkt werden. Denn: Jahrelange Kettenbefristungen oder Befristungen aus vorgeschobenen Gründen höhnen arbeitsrechtliche Standards wie den Kündigungsschutz aus.

Wir haben daher Ende 2017 in allen GdP-Medien auf diese Problematik aufmerksam gemacht, uns an die Presseöffentlichkeit gewendet und eine Online-Petition gestartet.

Altersteilzeit für Tarifbeschäftigte im Jahr 2016 erstmalig wieder möglich

Auf Betreiben der GdP wurde mit Verfügung vom 8. September 2016 folgendes klar gestellt: Erstmals im Jahr 2016 können in der Bundespolizei wieder Altersteilzeitbewilligungen erfolgen. Nachdem seit Inkrafttreten des v. g. Tarifvertrages die Behördenquote von 2,5 v. H. für den Bereich der Bundespolizei immer ausgeschöpft gewesen war, sind ab 2016 bis zu 15 ATZ-Bewilligungen möglich. In das Verfahren werden nur die Behörden des nachgeordneten Bereichs einbezogen, die die Quote von 2,5 v. H. für ihren jeweiligen Bereich noch nicht ausgeschöpft haben.

Altersteilzeit können Beschäftigte bewilligt bekommen:

- die die Voraussetzungen nach § 5 TV, Nr. 5 der Durchführungshinweise erfüllen,
- unter Darlegung im Einzelnen des jeweiligen Zeitpunkts des Erfüllens der persönlichen Voraussetzungen und hilfsweise des Eingangs des Antrags,
- von den Beschäftigten die nicht zum Stellenabbaubereich (BUK) gehören und bei denen dienstliche bzw. betriebliche Ablehnungsgründe für die Bewilligung nicht bestehen (§ 4 Abs. 3 TV).

Komplexe Lebensbedrohliche Einsatzlagen

In den vergangenen Jahren hat sich die Bedrohungslage und damit auch die Anforderungen an Polizistinnen und Polizisten wesentlich geändert. Mit Beginn der Diskussion um Komplexe Lebensbedrohliche Einsatzlagen (KLE) hat sich die GdP daher umgehend die Frage gestellt: Sind unsere Kolleginnen und Kollegen dafür bestmöglich geschützt?

Für die GdP ist dieses Thema insbesondere unter dem Aspekt des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ein Schwerpunkt. Es geht sowohl um das objektive als auch um das subjektive Sicherheitsgefühl unserer Kolleginnen und Kollegen.

Im Zusammenhang mit KLE ergaben sich (neben dem Einsatz für ein Reservemagazin zur P30) folgende Arbeitsschwerpunkte:

Ballistischer Schutzhelm

Entgegen der GdP-Einschätzung wurde die Notwendigkeit eines geeigneten ballistischen Schutzhelms vom BPOLP nicht als prioritär gesehen. Glücklicherweise wurden wir von den Behördenleitern durch deren Beschluss im Juni 2017 in unserem Ansinnen unterstützt, sodass nun eine Anwendererprobung stattfand, nach dessen Ergebnis eine Beschaffung eingeleitet werden soll. Aufgrund der akuten Bedrohungslage setzen wir auf eine Beschaffung ohne langfristige Ausschreibungsmodalitäten! Mitte 2018 müssen diese Helme nach unserer Auffassung verfügbar sein. Ebenso sind **ballistische Schutzbrillen** notwendig.

Ballistischer Helm im „Praxistest“.

Schutzwesten/-schilde

Die bisherige UZSW der Kontroll- und Streifenbeamten (KSB) erreichen nur eine Schutzwirkung der SK 1 und bieten damit keinen ausreichenden Schutz gegen den Beschuss mit Sturmgewehren. Wir sind erfreut, dass das BPOLP der Empfehlung einer Arbeitsgruppe der Innenministerkonferenz (IMK) vom 11.11.2015 gefolgt ist und eine Poolausstattung mit Schutzwesten der entsprechenden Schutzklasse realisiert hat. Die Aufrüstplatten VPAM 6 für die taktischen Wechselhüllen sowie die Aufrüstung der 1.800 Überziehschutzwesten nach VPAM 9 werden von uns begrüßt. Zusätzlich halten wir eine Beschaffung von **ballistischen Schutzschilden** für erforderlich.

Bewaffnung

Experten sind sich einig, dass in der ersten kritischen Stunde nach Anschlagsbeginn die KSB „First Reponse Force“ sind, und bis zum Eintreffen von Spezialkräften (BFE+, GSG9, SEK) den Waffeneinsatz gegen terroristische Attentäter führen müssen. Die zur Verfügung stehenden Waffen und die Patrone 9 mm x 19 ist jedoch den durch Terroristen genutzten Sturmgewehren in Reichweite und Durchschlagskraft unterlegen. Deshalb fordern wir die Einführung eines kompakten Sturmgewehres oder einer durchschlagkräftigen Maschinen-

pistole als Poolausstattung auf den Streifenwagen und in den Dienststellen und die Einführung eines Hartkern-Geschosses 9 mm x 19 für die MP 5. Und wir stellen uns gegen eine Aufrüstung aller 8.000 MP 5 für 8 Mio. Euro. Statt dessen sollten nur die ca. 2.000 MP 5 der neuesten Generation für ca. 2 Mio. Euro aufrüstet werden. Die restlichen Gelder können für die Neubeschaffung von Waffen und Munition genutzt werden.

Sondergeschützte Fahrzeuge

Im Bericht der IMK-Arbeitsgruppe mit dem Titel „Konsequenzen terroristischer Ereignisse für den Einsatz-, Streifen- und Wachdienst sowie die Bereitschaftspolizei der Länder und des Bundes“ wird empfohlen, sondergeschützte Fahrzeuge vorzuhalten und zu prüfen, wie diese auch bei Terrorlagen schnellstmöglich an den Einsatzort gebracht werden können. Diesen Forderungen schließen wir uns an. Zudem benötigen wir die sondergeschützten Fahrzeuge nicht nur bei den Flughafendienststellen, sondern auch in der Fläche!

Trainingssysteme/-umgebungen und Raumprogramme

Bei fast allen Landespolizeien trainieren die KSB mittlerweile mit dem sogenannten FX-System für die MP und die Pistole, bei der Bundespolizei nur die GSG 9 und BFE+. Solche modernen Trainingssysteme benötigen alle Bundespolizeibehörden in ausreichenden Größenordnungen! Wir fordern daher die Einführung eines solchen realitätsnahen Trainingssystems für die KSB! Es werden zudem, und das haben wir bei der Führung bereits mehrfach angemahnt, weitere Fortbildungsstätten für die BPOLD für das KLE-Training sowie für das Training der Sprengstoffspürhunde und Entschärfer benötigt.

Rechts: Schutzausstattung der Bereitschaftspolizei.

Unten: Jörg Radek beim KLE-Symposium der Bundesbereitschaftspolizei im Mai 2017.



KLE-Übung der Bundespolizei am Leipziger Hauptbahnhof 2017. Foto: Bundespolizei Pirna.

Unser Fazit

Die Erarbeitung der Konzeption KLE und insbesondere die Leistung unserer Polizeitrainerinnen und -trainer wird von uns ausdrücklich begrüßt. Unsere Kolleginnen und Kollegen müssen für die aktuelle Bedrohungslage bestmöglich vorbereitet werden. Ein optimales Training und die bestmögliche Vorbereitung auf den „Worst Case“ kann nur dann gelingen, wenn Raumprogramme geändert werden, Trainingsstätten mit hauptamtlichen Trainern und entsprechende Schutzausstattung und Bewaffnung zur Verfügung stehen.



Regelungslücke bei Abnutzungsentschädigung für das Tragen ziviler Kleidung geschlossen

Mit der Abschaffung der LHD wurde der bundespolizei-eigene Zentrale Versand für Bekleidung für alle Laufbahngruppen geöffnet. Bislang ungeklärt war jedoch das Verfahren bei der Frage der Abnutzungsentschädigung für das Tragen ziviler Kleidung. Auf Druck der GdP-Fraktion im Bezirkspersonalrat wurde diese Lücke 2017 geschlossen.

Das Bundespolizeipräsidium hat eine Verfügungslage geschaffen, die vorsieht, dass „die zum Tragen der Uniform verpflichteten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten auf

Antrag eine tägliche Abnutzungsentschädigung in Höhe von 1,20 € erhalten können, wenn die dienstliche Aufgabe in Dienstkleidung nicht durchführbar ist und das Tragen von ziviler Kleidung vom Vorgesetzten angeordnet wurde. Die Regelung gilt analog auch für schwangere Polizeivollzugsbeamtinnen.



Distanz-Elektroimpulsgeräte

Auch in der Bundespolizei wird der mögliche Einsatz von Distanz-Elektroimpulsgeräten (DEIG), wie z. B. dem „Taser“ der Firma Axon, diskutiert. Die GdP, Bezirk Bundespolizei, lehnt derzeit den Einsatz von DEIG ab. Der Einsatz dieser Waffen muss umfassend gelernt und regelmäßig analog des Schießtrainings geübt werden. Hierfür bestehen aber derzeit überhaupt keine Aus- und Fortbildungskapazitäten.

Weiterhin sehen wir für die Bundespolizei in den Bereichen, in denen wir üblicherweise eingesetzt sind, sehr wenige sinnvolle Einsatzbereiche. Gerade für Einsätze der Bereitschaftspolizei, etwa bei Massendemonstrationen oder Fußballeinsätzen, ist das Pfefferspray als Einsatzmittel zu bevorzugen.

Probleme sehen wir auch bei der Frage des Auswahlermessens. Zu Recht werden in der rechtlichen Bewertung die nachfolgenden Fragen gestellt:

- Muss zuerst das DEIG eingesetzt werden und darf nur bei erfolglosem DEIG-Einsatz die Schusswaffe eingesetzt werden?
- Und welche Auswirkungen hätte es, wenn aufgrund der, einer solchen Lage immanenten, Stressbelastung beide Waffen nahezu zeitgleich benutzt werden?
- Ist in solchen Fällen davon auszugehen, dass der DEIG-Schütze rechtlich richtig, der Schusswaffengebrauchende jedoch rechtlich falsch gehandelt hat?
- Hat er möglicherweise einen Schuss abgegeben, ohne dass dies notwendig war?

Die Einführung neuer Einsatzmittel soll zur Verbesserung der Ausstattung dienen und den Kolleginnen und Kollegen helfen, ihre Aufgaben besser und vor allem auch sicherer erfüllen zu können. Dies sehen wir aufgrund der aufgeworfenen Fragen und vor allem aufgrund der nicht vorhandenen Ausbildungskapazitäten hier nicht.



Reservemagazin für die P30

Die GdP hatte mit ihren Personalvertretern bereits vor der Einführung der P30 die Ausstattung mit einem zweiten Magazin gefordert. Im Januar 2015 stellten wir einen Initiativantrag zur Einführung des Reservemagazins. Der Bundespolizeipräsident Dr. Dieter Romann lehnte diesen Antrag jedoch ab, mit der Begründung, dass die Gefahrenabwehr und der Schutz von Bürgerinnen und Bürgern bei einem bewaffneten Angriff durch Absperrung des Gefahrenbereichs bis zum Eintreffen von Spezialkräften erfolgen sollen. Daraufhin startete die GdP eine Medien- und Unterschriftenkampagne und suchte zeitgleich das Gespräch mit Präsidium und Bundesinnenministerium.

In der Diskussion um die Ausstattung der PolizeibeamtInnen mit einem zweiten Magazin für die P30 hat sich die GdP schließlich durchgesetzt: Auf freiwilliger Basis erhalten alle Kolleginnen und Kollegen, die dies wünschen, ein Reservemagazin. Sofern die Bestände nicht ausreichen, sagte der Dienstherr zu, umgehend weitere Magazine zu beschaffen. Außerdem wurde die Beschaffung von Magazintaschen eingeleitet.

Noch sieht die Realität jedoch bis heute anders aus. Die Beschäftigten sind mit Recht enttäuscht und fühlen sich ob der Zusage des Präsidenten nicht ernst genommen. Wir bleiben dran und werden weiterhin auch in den Direktionen die lückenhafte Umsetzung durchzusetzen!



Links: Jörg Radek stellt neue Kreisgruppenvorsitzende vor.

Rechts: Martin Schilff hat von der Mitgliederwerbung nur Positives zu berichten.

Unten: Die Kreisgruppenvorsitzenden.



„Potsdamer Positionen“: Kreisgruppenvorsitzendenkonferenz 2015

Über 150 engagierte Kolleginnen und Kollegen der GdP, Bezirk Bundespolizei, trafen sich Ende April 2015 in Potsdam, um über die aktuellen Herausforderungen für die GdP zu diskutieren. Und nichts kam zu kurz: Zu Jugend-, Medien-, Bildungs- sowie zukünftiger Seniorenarbeit wurde ebenso die Auseinandersetzung geführt, wie zur aktuellen Situation der Tarifbeschäftigten, der Personalmisere in der Bundespolizei und den Arbeitszeitentwicklungen. Zentraler Punkt war auch die Frage, wie man innerhalb der Gewerkschaft den personellen Wechsel der nächsten Jahr organisiert, Nachwuchs gewinnt und in die gewerkschaftlichen und personalrätlichen Aufgaben einführt.

Als weitere Kernthemen wurden die Haushaltssituation der Bundespolizei und deren Einsatzfähigkeit, die Anti-Terrorfahndung, der gestiegene Migrationsdruck, die mangelhafte Luftsicherheit, die geplante Zollstrukturreform sowie die Mindestlohnkontrolle angesprochen.

Intensive Betrachtungen ergingen auch zur Ausrüstung unter Zuhilfenahme der Ergebnisse aus der „Klartext-Studie“ der GdP. Der Bezirk Bundespolizei verfasste hierzu ein eigenes Positionspapier. Quintessenz: Die Schuldenbremse darf niemals dazu führen, dass persönlicher Schutz für Polizistinnen und Polizisten dahinter zurückstehen muss!

„GdP-Check“ bei der Kreisgruppenvorsitzendenkonferenz:
Was läuft gut? Was wollen wir verbessern?



Internationaler Frauentag

Inzwischen ist es Tradition: Jedes Jahr am 8. März unterstützt der Bezirk die Frauengruppe bei ihren Aktionen zum Internationalen Frauentag. Der Erfolg kann sich sehen lassen, denn jedes Jahr beteiligen sich mehr Direktions- und Kreisgruppen mit regionalen Aktionen und nutzen die Gelegenheit, gezielt die weiblichen GdP-Mitglieder anzusprechen.





Auftaktveranstaltung im August 2014 beim Kinder- und Familienfest von Beschäftigten der Bundespolizei, Sportlerinnen und Sportlern des SC Potsdam und Schülerinnen und Schülern der Friedrich-Wilhelm-von-Steuern-Gesamtschule Potsdam.



Dr. Klaudia Tietze (Geschäftsführerin Gelbe Hand) und Jörg Radek zeigen die „Gelbe Hand“ gegen Rassismus!



Kollegen unserer DG Mitteldeutschland zeigen die „Gelbe Hand“ gegen Rassismus!

GdP beteiligt sich an „Gelbe Hand“-Kampagne

In ihrem Arbeitsalltag sind Bundespolizisten oft mit der Not und dem Elend von Flüchtlingen konfrontiert, die mitunter aus Angst vor Verfolgung aufgrund ihrer Religion oder ethnischen Zugehörigkeit gezwungen waren, ihre Heimatländer zu verlassen. Die Schicksale dieser Menschen berühren und machen betroffen. Zugleich ist die Polizei oft selbst dem Vorwurf des Rassismus ausgesetzt. Gerade für Beschäftigte in Bundespolizei und Zoll, die vielfach auch im Ausland ihren Dienst verrichten und in Krisenregionen wie dem Kosovo oder in Afghanistan im Rahmen internationaler Polizeimissionen der Vereinten Nationen eingesetzt sind, sind solche

Unterstellungen nur schwer erträglich. Mit unserer Kampagne wollen wir deutlich machen, dass sich Bundespolizisten und Zöllner nicht in eine fremdenfeindliche Ecke drängen lassen und unseren Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit bieten, um selbstbewusst ihre eindeutige Haltung gegen Rassismus zu zeigen: Die Polizei ist den Werten der Verfassung verpflichtet. Der Schutz der Grundrechte ist dabei das zentrale Anliegen. In der heutigen Zeit ist es wichtig, zu betonen, dass diese Rechte für alle Menschen gelten, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft oder ihrem Aussehen, religiösen Zugehörigkeit, Geschlecht oder politischen Anschauungen.

Unsere JUNGE GRUPPE: Stark gegen rechts!



Auch die Teilnehmerinnen unserer Frauennachwuchstagung waren von der Gelben Hand-Aktion begeistert und sofort bereit, ein eigenes Foto beizusteuern.

Die Besten sind bei den Besten!

Betty Heidler Hammerwurf-Legende Olympia-Vierte 2016 Bundespolizistin und GdP-Mitglied	Kristina Vogel Bahnradsportlerin Olympiasiegerin 2016 Bundespolizistin und GdP-Mitglied	Sebastian Brendel Rennkanute Zweifacher Olympiasieger 2016 Bundespolizist und GdP-Mitglied
--	---	--

20 der 24 Olympiateilnehmer der Bundespolizei sind GdP-Mitglieder.
GdP-Bezirk Bundespolizei - Forststr. 3a · D-40722 Hildesheim · Fon: 0211 - 71040 · Fax: 0211 - 7104555 · gdp@gdp-bundespolizei.de · www.gdp-bundespolizei.de

Wir sind nicht nur die beste Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte, wir haben auch die besten Mitglieder!

Das machen wir seit Mitte 2016 mit unserer Imagekampagne „Die Besten sind bei den Besten“ deutlich. Erste Gesichter der Kampagne waren Hammerwurf-Legende Betty Heidler, Bahnradsportlerin Kristina Vogel (die keinen Sattel braucht um Olympiasiegerin zu werden) und der zweifache Olympiasieger Rennkanute Sebastian Brendel.



Bundespolizeipräsident Dr. Romann besucht die GdP-Bezirksvorstandssitzung

Im Rahmen der GdP-Bezirksvorstandssitzung im März 2017 kam Bundespolizeipräsident Dr. Dieter Romann der Einladung der GdP nach, vor den GdP-Vertretern zu den aktuellen Herausforderungen der Bundespolizei zu sprechen und sich über mögliche Lösungsansätze auszutauschen.

Zu Beginn seines Besuches nutzte der Präsident die Gelegenheit, seine Sicht auf die derzeitigen enormen sicherheitspolitischen Herausforderungen in Deutschland und Europa darzustellen. Dr. Romann sprach in diesem Zusammenhang auch seinen ausdrücklichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen des Zolls aus, die die Bundespolizei beim Migrationseinsatz hervorragend unterstützt haben. Er erkannte zudem explizit an, dass es eine ausschließliche Leistung der

GdP war, 800 Hebrungen für die Bundespolizei durchzusetzen. Der Bezirksvorsitzende Jörg Radek und sein Stellvertreter Sven Hüber nutzten die Gelegenheit mit Dr. Romann noch einmal wesentliche Forderungen aus dem GdP-Konsolidierungsprogramm anzusprechen.

Auch auf Ebene der Präsidiumsleitung ist somit deutlich angekommen, dass die GdP DIE gestaltende Kraft für Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen ist!



DGB-Chef Reiner Hoffmann (re.) lässt sich die Arbeit der Hundertschaften erklären. Foto: DGB



GdP-Vorsitzender Oliver Malchow (li.) zeigt großes Interesse an der Arbeit der BFE und BFE+. Foto DGB.

DGB-Sommertour Blumberg



Am 24. Juli startete die DGB-Sommertour 2017 unter dem Motto „Jetzt gerecht! Du hast die Wahl!“ bei der sowohl der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, als auch Vertreterinnen und Vertreter der Einzelgewerkschaften des DGB Betriebe und Dienststellen besuchen. Am zweiten Tag ging es für die Teilnehmenden zur Bundespolizeiabteilung Blumberg im brandenburgischen Ahrensfelde, wo die Kolleginnen und Kollegen interessante Einblicke in Arbeit, Ausstattung und aktuelle Herausforderungen der Bereitschaftspolizei erhielten. Für die GdP vor Ort waren die GdP-Vertreter Bundesvorsitzende Oliver Malchow, Bezirksvorsitzende Jörg Radek, Direktionsgruppenvorsitzende Heinz Selzner und der Kreisgruppenvorsitzende Bernhard Docter.

Nach einem Einführungsgespräch mit Jan-Christof Möller, Leitender Polizeidirektor der Bundespolizei in Blumberg, berichteten an fünf Stationen die Beschäftigten der BPOLABT Blumberg selbst über ihre Arbeit: Der Bereich EUSTOS zeigt

te zwei seiner Lieferfahrzeuge und erläuterte den gesamten Bereich der Unterstützungsleistungen, an einer zweiten Station erklärte ein Hundertschaftsführer zusammen mit Kolleginnen aus den Hundertschaften seine Arbeit. An einer weiteren Station präsentierte die Technische Einsatzhundertschaft zwei Fahrzeuge: ein rund 25 Jahre altes Räumfahrzeug sowie einen modernen Wasserwerfer. Der Zentrale Dienst stellte sich ebenfalls an einer eigenen Station vor und berichtete über die Aufgabe Personalangelegenheiten und das Thema Liegenschaften. An einer fünften Station präsentierten sich BFE und BFE+. Interessante Details zu Vor- und Nachteilen der einzelnen Ausstattungsgegenstände wurden mit vielen Beispielen aus der Praxis anschaulich erklärt.

Ein herzlicher Dank an alle Beschäftigten der BPOLABT Blumberg, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit viel Engagement und Begeisterung einen bleibenden Eindruck von ihrer wichtigen Arbeit vermittelt haben!

Einsatzbetreuung: Immer für Euch da!



Beim G7-Gipfel in Elmau war unser GdP-Betreuungsteam zu allen Tages- und Nachtzeiten für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort.



Auch beim G7-Außenministertreffen in Dresden selbstverständlich präsent: Unser GdP-Betreuungsteam.



Einsatz auch im hohen Norden.



Massenmigration: Einsatzbetreuung an Weihnachten 2015 an der deutsch-österreichischen Grenze



Und auch 2016 lief die Einsatzbetreuung Massenmigration mit breiter Unterstützung aus allen Bereichen des Bezirks weiter.

Polizeitag: 30 Jahre Schengen



Gemeinsam mit dem Behördenspiegel veranstaltete die GdP, Bezirk Bundespolizei, am 11. Juni 2015 einen Polizeitag anlässlich des 30. Jahrestages des Schengener Abkommens. Dabei wandten wir uns mit fünf zentralen Forderungen an Teilnehmende, Öffentlichkeit und Politik.

Wir brauchen keine Rückkehr zu früheren statischen Grenzkontrollen, aber wir brauchen eine gute Aufstellung von Polizei und Zoll in den Grenzräumen, um Fehlentwicklungen insgesamt und lageangebracht zurückdrängen zu können.

Dazu gehören:

- Um grenzüberschreitende Kriminalität einzudämmen, müssen Sicherheitsbehörden wie Landespolizei, Bundespolizei und Zoll gemeinsam und konzeptionell vorgehen. Für Zuständigkeitsgerangel hat der Bürger kein Verständnis.
- An der deutschen Grenze müssen Bundespolizei und Zoll massiv gestärkt werden. Die Zahl der Diebstähle und Drogendelikte nimmt dort rasant zu. Es bilden sich mittlerweile Bürgerwehren, die Polizeiaufgaben wahrnehmen wollen. Dies gilt es zu vermeiden.
- Aufstockung des Personals von Bundespolizei und Zoll, um der organisierten Kriminalität die Grenzen aufzuzeigen. Nur so lassen sich zunehmender Drogenhandel, Schmuggel von illegalen Zigaretten und Menschenhandel bekämpfen.
- Da der Menschenhandel massiv zunimmt und immer mehr Schleuser Flüchtlinge zur eigenen Bereicherung nach Deutschland bringen, ist ein gesamtstaatliches Migrationskonzept notwendig. Dazu müssen landesweit die Grenzdienststellen der Bundespolizei erheblich verstärkt werden. Sie sind vollkommen unterbesetzt und dem Zustrom von illegalen Einwanderern nicht mehr gewachsen.



Dr. Ole Schröder, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, bei seiner Rede zu 30 Jahre Schengen.

- Der Zoll benötigt dringend eine Strukturreform: Zu viele Kräfte sind bei der Erhebung der Kfz-Steuern und bei der Kontrolle des Mindestlohns gebunden. Schwere kriminelle hingegen lachen sich ins Fäustchen. Deshalb fordert die GdP eine organisatorische Trennung der reinen Finanzverwaltung von polizeilichen Aufgaben. Sinnvoll wäre eine schlanke und effektiv agierende Bundesfinanzpolizei.

Lagezentrum des Gemeinsamen Zentrums in Swiecko.



Abschlussrunde beim Polizeitag: Gemeinsame Diskussion von Stephan Mayer (innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion), Jörg Radek, Norbert Spinrath (Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion) und Ingrid Arndt-Brauer (Vorsitzende des Finanzausschusses, SPD).



Gräfin Ursula Praschma, Abteilungsleiterin 4 – Grundlagen des Asylverfahrens, Sicherheit, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, im Gespräch mit dem Herausgeber des Behördenspiegels, R. Uwe Proll.



Eric Bolli, Französischer Koordinator des Gemeinsamen Zentrums (GZ) in Kehl, sprach zur Zusammenarbeit aus französischer Sicht.

Berlin → 11. Juni

30 JAHRE SCHENGENER ABKOMMEN: HERAUSFORDERUNGEN FÜR EINEN GRENZFREIEN RAUM

■ Veranstaltungsort
Steigenberger Hotel Am Kanzleramt
Ella-Trebe-Straße 5, 10557 Berlin

■ Tagungsprogramm, 11. Juni 2015

09:00 Begrüßung der Gäste
Jörg Radek, Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei, stellv. Bundesvorsitzender, Gewerkschaft der Polizei (GdP) und R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber, Behördenspiegel, Bonn/Berlin

09:15 Eröffnungsrede
Dr. Ole Schröder, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern

09:45 30 Jahre Schengen – Einordnung aus historischer Sicht
Dr. Andreas Pudlat, Institut für Geschichte, Universität Hildesheim

10:15 Jürgen Störbeck, Direktor Europol a. D.

10:45 Kaffeepause

11:15 THESENDEBATTE
30 Jahre Schengen und die aktuellen Folgen
Leitung: R. Uwe Proll, Chefredakteur und Herausgeber Behördenspiegel
Teilnehmer: Dr. Peter Keller, Gruppenleiter 3, Zollkriminalamt
Gräfin Ursula Praschma, Abteilungsleiterin 4 – Grundlagen des Asylverfahrens, Sicherheit, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Thomas Strohriener*, Präsident der Bundespolizeidirektion Berlin

12:45 MITTAGSPAUSE
Die Zusammenarbeit im Gemeinsamen Zentrum aus französischer Sicht
14:15 Eric Bolli, Französischer Koordinator des Gemeinsamen Zentrums (GZ) in Kehl

14:45 ABSCHLUSSDISKUSSION
Welche Weiterentwicklungen erfordern grenzüberschreitende Räume in Europa?
Leitung: Prof. Ernst Ellor, Bild, Intendant a.D., Deutschlandradio
Teilnehmer: Ingrid Arndt-Brauer, Deutsche Bundestag
Volker Beck*, MdB, Innen- und migrationspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Deutscher Bundestag
Die Grüne, Deutscher Bundestag
Frank Buchtemple, stellv. Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Frank Buchtemple, stellv. Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei (GdP)
Frank Buchtemple, stellv. Vorsitzender des Bezirks Bundespolizei (GdP), Deutscher Bundestag
Thomas Strohriener*, Präsident der Bundespolizeidirektion Berlin

Aktion „Solidarität mit G20-Polizisten“

Auch beim G20-Gipfel war unser Bezirk beim großen (landes-)bezirksübergreifenden GdP-Betreuungseinsatz mit vor Ort. Dabei schwang aufgrund der massiven Ausschreitungen die große Sorge um unsere eingesetzten Kolleginnen und Kollegen mit. Wie sich zeigte, zu Recht: Die massiven Angriffe gewaltbereiter extremistischer Gruppierungen auf Polizistinnen und Polizisten beim G20-Gipfel in Hamburg waren schockierend und in diesem Ausmaß bislang unbekannt. Über 800 der 23.000 eingesetzten Kolleginnen und Kollegen wurden verletzt. Gemeinsam mit der GdP rief die BILD-Zeitung daher die Aktion „Solidarität mit G20-Polizisten“ ins Leben. Geld- und Sachspenden, unter anderem von tausenden Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen gingen daraufhin bei den Initiatoren ein.

Mit diesen Spenden konnte u. A. die Bundespolizei-Stiftung verletzten Kolleginnen und Kollegen, die im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel einen Dienstunfall gemeldet hatten, als Beitrag zur Genesung eine Sachzuwendung für einen Erho-

lungsaufenthalt eigener Wahl zukommen lassen: Ein Hotelgutschein der TUI für die/den Kollegin/en, Partner/in und Kinder sowie zwei Freifahrtscheine der Deutschen Bahn in der 1. Klasse.



*Sven Hüber (Bundespolizei-Stiftung), Alberdina Körner (GdP) und Dirk Bork (Volker-Reitz-Stiftung) erhalten die Gutscheine von den BILD-Redakteuren Claudia Weingärtner und Frank Ochse (v. l.).
Foto: Peter Müller*

Der G20-Einsatz im Hamburg und die GdP mittendrin!



DG 1 Präsidium	DG 2 Küste	DG 3 Hannover	DG 4 NRW	DG 5 Koblenz	DG 6 Ba-Wü	DG 7 Bayern	DG 8 Mitteldeutschland	DG 9 Berlin-Brandenburg	DG 10 Frankfurt-FH	DG 11 BePo	DG 12 Bpol-Akademie	DG 13 BZG Zoll
1. Vorsitzender Roland Braun	1. Vorsitzender Dirk Stooß	1. Vorsitzender Martin Schilff	1. Vorsitzender Jürgen Mießner	1. Vorsitzender Roland Voss	1. Vorsitzender Berthold Hauser	1. Vorsitzender Andreas Roßkopf	1. Vorsitzender Ettienne Frankenfeld	1. Vorsitzender Manfred Kirchhoff	1. Vorsitzender Martin Schmitt	1. Vorsitzender Heinz Selzner	1. Vorsitzender Rüdiger Maas	1. Vorsitzender Frank Buckenhofer
111 Potsdam Milke Hennings	223 Flensburg Dirk Hansen	333 Hannover Michael Ramsay	444 Niederrhein Axel Reichert	555 Koblenz Stern Hoffmann	610 Stuttgart Manfred Fischer	770 MUC Sven Armbruster	881 Pirna Sven Förster	910 Berlin Jürgen Lindemann	1001 FFH/M Martin Schmitt	1101 Bad Bergzabern Falco Engel	1201 BPOLAK Rüdiger Maas	1310 R-H-S Dello Bocchini
112 Heimerzheim Gerd Puschke	224 Kiel Thomas Wulff	334 Hamburg Thilo Blanck	445 NRW Nord Hans-Jürgen Gerdes	556 Saarland Werner Berger	611 Bodensee Christian Baier	771 München Otto Brandstetter	882 Chemnitz Jörg Günther	911 Frankfurt/Oder Dietmar Mußmann		1102 Bad Dübren Katrin Rudolph	1202 AFZ-Walsrode Jan Best	1320 BFP Mitte Matthias Seidensticker
113 Flugdienst Harald Andrich	225 Mecklenburg-Vorpommern Stephan Lange	335 Bremen Friedrich Müller	446 Westfalen/Ruhr Jürgen Lipke	557 Rhein-Mosel Klaus Engel	612 Weil am Rhein Patrick Krahn	772 Selb Reinhard Maschewski	883 Halle Stefan Pönitsch	912 Angermünde Andreas Kampf		1103 Bayreuth Reiner Hautmann	1203 AFZ-Swisttal Carmen Cuvelier	1330 BFP Nord Manuel Korthals
114 BPolP Koblenz Frank Brohl	226 Küste Michael Alka	336 Weser-Ems Andreas Stock	448 Rheinland Frank Fischer	558 Frankfurt Helmut Seibert	613 Offenburg Harald Rank	773 Waldhaus Sandro Schäffler		913 Niederlausitz Jens Edelmann		1104 Blumberg Bernhard Docter	1204 AFZ-Oberlenbach Nico Rogge	1340 Bayern Martin Hollnburger
115 GSG 9 Stefan Panitzsch			449 Aachen Michael Schaffrath	559 Kaiserslautern Uwe Kolweyh	614 Karlsruhe Josef Sentf	774 Rosenheim Alois Fuchs				1105 Deggendorf Siegfried Maier	1205 AFZ-Eschwege Uwe Neugebauer	1350 BFP BW Martin Wetter
			450 Köln/Bonn Christian Tiemann	560 Kassel Thomas Weichert	615 Flughafen Stuttgart Joachim Schoene	775 Passau Gerhard Thamm				1106 Hünfeld Frank Martini	1206 AFZ-Neustrelitz Uwe Rennicke	1370 BFP Rheinland Ulf Umbach
			452 Dir. St. Augustin Thomas Berzen	561 Bundeshank Sven Kutschke		776 Nürnberg Lothar Jäkisch				1107 Sankt Augustin Stefan Schiepp	1207 AFZ-Bamberg Frank Botz	1375 BFP Rhein-Ruhr Stefanie Boshardt
			455 Düsseldorf/FH Tim Röder			777 Waldmünchen Andreas Hanif				1108 Duderstadt Dieter Wemheuer	1208 BPOL-AST Diez Stefanie Weber	1380 ZKA Sven Keißner
						778 Würzburg Dieter Escher				1109 Jelzen Iven Rupscheit		1395 Sachsen Thüringen Ekkehart Kämmerer
										1110 Ratzburg Maik Prehn		1396 Fachgruppe BAG Mario Mägner
										1111 Fuldatal Wolfgang Gerhold		1397 BFP Berlin-Brandb. Mirko Schulz

Stand: Februar 2018



Daumen hoch! Die Tariffkommission im März 2017 in Fulda.



Tariffkommission Bezirk Bundespolizei

Die Tariffkommission des GdP-Bezirks Bundespolizei besteht aus je einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der Direktionsgruppen sowie der Bezirksgruppe Zoll. Aus dem geschäftsführenden Bezirksvorstand wird die Tariffkommission von Rüdiger Maas betreut.

Die tarifpolitische Arbeit sowie arbeits- und sozialrechtliche Themen sind Grundlage der Arbeit der Tariffkommission. Im Berichtszeitraum galt es für die Tariffkommission, drei Tarifverhandlungsrunden (2014, 2016 und 2018) zu begleiten und vorzubereiten. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Umsetzung der Entgeltordnung Bund. Außerdem zählten die Auseinandersetzung mit der VBL, rentenpolitische Veränderungen, die Ausbildungssituation und der Kampf gegen Befristungen in der Bundespolizei zu den selbstgesteckten Aufgaben der Tariffkommission, um nur einige Beispiele zu nennen (vgl. Kapitel „Tarifpolitik“, Seiten 30 ff.).



Abschied von Peter Ludwig (Mitte): Detlev Mantei (links), sein Nachfolger als Vorsitzender der Tariffkommission, und der für Tarifpolitik zuständige Stv. Bezirksvorsitzende Rüdiger Maas (rechts).

Mitglieder der Tariffkommission*	
DG Küste	Detlev Mantei , Vorsitzender
DG Hannover	Frank Zeidel , Mitglied
DG NRW	Elfi Kuchenbecker , Mitglied
DG Koblenz	Hans-Gerd Müller , Mitglied
DG Baden-Württemberg	Sigrid Hanselmann , Mitglied
DG Bayern	Anita Sauer , Mitglied
DG Mitteldeutschland	Felizitas Miklis , Mitglied
DG Berlin-Brandenburg	Elke Jacobs , Mitglied
DG Bereitschaftspolizei	Anja Röther , Stv. Vorsitzende
DG Akademie	Heiko Dammann , Mitglied
BZG Zoll	Lieselotte Ott , Schriftführerin

* Die Direktionsgruppen Präsidium und Frankfurt/Flughafen verfügen derzeit über kein bestätigtes Mitglied in der Tariffkommission. Für die DG Präsidium nimmt Carsten Ordner informatorisch an den Sitzungen teil. Als Mitglied der DG Frankfurt/Flughafen ersetzte 2016 der Kollege Ferdi Baykal die Kollegin Denise Christoph als Mitglied der Tariffkommission, schied jedoch Ende 2017 aus der Bundespolizei aus.

Im Berichtszeitraum stand außerdem ein Führungswechsel innerhalb der Tariffkommission an: Zum Jahreswechsel 2016/17 legte Peter Ludwig (DG Akademie) sein Amt als Vorsitzender der Tariffkommission aus gesundheitlichen Gründen nieder und trat kurz darauf auch dienstlich in den Ruhestand ein. Peter war zugleich Mitglied der Bundestariffkommission und stellvertretender Vorsitzender des Bundespolizeihauptpersonalrates beim Bundesinnenministerium.

Im März 2017 wurde Detlev Mantei zum neuen Vorsitzenden der Tariffkommission des GdP-Bezirks Bundespolizei gewählt. Detlev war bereits seit langem für die Direktionsgruppe Küste Mitglied der Tariffkommission und ist darüber hinaus im Örtlichen, Gesamt- und Bezirkspersonalrat aktiv.

Für die DG Akademie rückte Peters Stellvertreter Heiko Dammann als Mitglied der Tariffkommission nach.



Gewerkschaft der Polizei

Die Betreuung der Mitglieder bis zum 30. Lebensjahr, die Nachwuchsgewinnung und die politische Weiterbildung waren die wichtigen Punkte in der Arbeit der JUNGEN GRUPPE in den letzten vier Jahren.

Bei der Neumitgliedergewinnung erhielt die JUNGE GRUPPE Unterstützung durch den Vorstand hinsichtlich der Weitergabe von Werbemitteln, im Besonderen Flyer, Broschüren etc. oder dem „Einstellungsordner“. Die JUNGE GRUPPE-Vertreterinnen und -Vertreter brachten sich bei den Anwärterveranstaltungen in der Bundespolizei mit ein oder organisierten diese im Zoll sogar eigenständig.

Im April 2015 führte die JUNGE GRUPPE mit Unterstützung des GBV eine Zentrale Arbeitstagung in Berlin durch, die von den jugendlichen Mitgliedern sehr gut angenommen wurde. Arbeitsschwerpunkte waren Konzepte für unsere gewerkschaftliche Jugendarbeit, der Brennpunkt Großflughäfen, fairer Berufseinstieg und attraktive Berufsentwicklung.

Die JUNGE GRUPPE engagiert sich auch beim Seminarprogramm des Bezirks. Jährliche Highlights sind das Nachwuchseminar Kiel-Oslo sowie die Europaseminare. Das Kiel-Oslo-Seminar, das vom JUNGE GRUPPE-Vorstand gemeinsam mit Martin Schilff und weiteren Teamern des Bezirks betreut wird, hat die Vermittlung der gewerkschaftlichen Arbeitsgrundlagen und das gegenseitige „Beschnuppern“/„Spaß“ in und an der GdP zum Ziel und ist jedes Jahr komplett ausgebucht.

Das Europaseminar wird seit 2013 durch unsere Bezirksjugend, insbesondere den Kollegen Andreas Franzke, organisiert und durchgeführt. Im Berichtszeitraum besuchten die Teilnehmenden unter dem Motto „Polizeien in Europa“ die Kolleginnen und Kollegen in Den Haag (2014), Prag (2015) und Warschau (2016).

2017 fand die turnusmäßige Bezirksjugendkonferenz in Berlin statt, bei der auch der geschäftsführende Bezirksjugendvorstand neu gewählt wurde.

Der aktuelle Arbeitsschwerpunkt der JUNGEN GRUPPE liegt auf der Umsetzung der Kampagne zum Kaufkraftausgleich.

Zuständiges GBV-Mitglied ist Martin Schilff.



Von links nach rechts: Bezirksjugendkonferenz; JUNGE GRUPPE-Fahrt Kiel-Oslo 2015; die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zentralen Arbeitstagung 2015 in Berlin.



Der geschäftsführende Bezirksjugendvorstand 2013 – 2017 (v. l.): André, Andreas, Matthias, Michaela, Stephan, Mirko, Christian.

Bis zur Bezirksjugendkonferenz 2017 gehörten dem geschäftsführenden Bezirksjugendvorstand an

Matthias Zimmermann, Vorsitzender	DG Bereitschaftspolizei
André Kutzner, Stv. Vorsitzender	DG Akademie
Stephan Burdeyko, Stv. Vorsitzender	DG Berlin-Brandenburg
Mirko Stegemann, Schriftführer	DG Baden-Württemberg
Daniel Schaufert, Stv. Schriftführer	BZG Zoll
Christian Ollhoff, Beisitzer	DG Koblenz
Andreas Franzke, Beisitzer	DG Präsidium
Michaela Wohlmuth, Beisitzerin	BZG Zoll



Der neue geschäftsführende Bezirksjugendvorstand: (v. l.) Philipp, Pascal, Isabela, Martin, Christian, Nicole, Matthias.



Der geschäftsführende Bezirksjugendvorstand

Martin Friese, Vorsitzender	DG Bayern
Christian Moog, Stv. Vorsitzender	DG Koblenz
Pascal Nordgauer, Stv. Vorsitzender	DG Baden-Württemberg
Nicole Bögel, Schriftführerin	BZG Zoll
Philipp Stock, Stv. Schriftführer	DG Bayern
Matthias Zimmermann, Beisitzer	DG Bereitschaftspolizei
Isabela Abazaj, Beisitzerin	DG Baden-Württemberg



Gewerkschaft der Polizei

Die Frauengruppe des Bezirks Bundespolizei trifft sich regelmäßig im Kreis des geschäftsführenden sowie des erweiterten Vorstandes und wird dabei von Erika Krause-Schöne (bis 2017 selbst Vorsitzende der Frauengruppe) als zuständiges Mitglied des geschäftsführenden Bezirksvorstandes begleitet.

Hauptthemen der Frauengruppe im Berichtszeitraum waren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Altersarmut, Verbesserung von Ausstattung und Einsatzbedingungen, Gleichstellung, geschlechtergerechte Beurteilung, Führung in Teilzeit sowie Verbesserung der Berufsattraktivität für Frauen. Innergewerkschaftlich arbeitete die Frauengruppe an der Nachwuchsgewinnung und -entwicklung sowie dem Ausbau der Frauengruppen in den Untergliederungen. Dazu zählte auch die Teilnahme an verschiedenen Anwärterwerbeveranstaltungen.

Im März 2015 führte die Frauengruppe daher ihre Zentrale Arbeitstagung unter dem Motto „Wer die Besten will, kann auf Frauen nicht verzichten“ in Berlin durch, an der sich über 30 Frauen aus allen Direktionen der Bundespolizei, aus dem Zoll und dem BAG zu Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit im beruflichen Alltag austauschten. Dabei holten sich die Frauen auch externen Sachverstand hinzu: Dr. Frank Meissner vom DGB berichtete über rechtliche Neuerungen im Themenfeld Vereinbarkeit und die Bundestagsabgeordnete und Polizistin Susanne Mittag (MdB) berichtete



Von links nach rechts: Teilnehmerinnen des Frauennachwuchsseminars 2014 beim Besuch des Deutschen Bundestages; Sitzung des erweiterten Bezirksfrauenvorstandes 2016 mit Gast MdB Susanne Mittag (SPD, Bildmitte); Sitzung des erweiterten Bezirksfrauenvorstandes 2014.

von geplanten politischen Weichenstellungen. Die Frauengruppe führte im Berichtszeitraum außerdem zwei Seminare/Workshops für Gewerkschaftseinsteigerinnen durch, um die Frauen über mögliche Arbeitsfelder in Gewerkschaft, Personalrat, Schwerbehindertenvertretung oder als Gleichstellungsbeauftragte zu informieren und dafür zu interessieren. Mit Erfolg: Mehrere Teilnehmerinnen wurden in der Folge aktive Gewerkschafterinnen. Außerdem wurden mehrere Frauengruppen neu gegründet, u. A. bei den Direktionsgruppen Baden-Württemberg, NRW und Hannover. 2017 schloss die Frauengruppe mit dem Seminar „Frauen in Geschichte und Gegenwart. Frauen, Frauenbilder und Frauenrechte in Geschichte, Gesellschaft und Religion“ wieder an ihre Tradition der Seminare zur politischen Bildung an.

Die Frauengruppe beteiligte sich außerdem an der GdP-Tagung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bei Bund und Ländern, der ZAT Bund und dem Mentoring-Personalentwicklungsprojekt der Frauengruppe Bund.

Die Frauengruppe initiiert außerdem jährlich Aktionen zum Internationalen Frauentag mit wachsender Beteiligung der Untergliederungen (vgl. Seite 39) und stellt seit 2016 ebenfalls jährlich einen „Familienkalender“ auf die Beine, an dem sich die Direktionsgruppen mit Malwettbewerben für Kinder beteiligen.

Zuständiges GBV-Mitglied ist Erika Krause-Schöne.

Die Teilnehmerinnen der Bezirksfrauenkonferenz 2017.



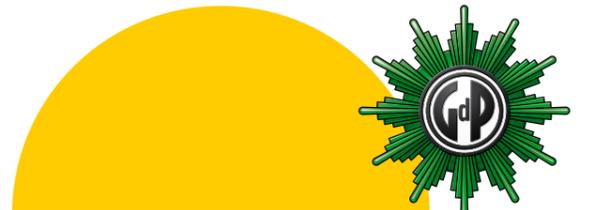
Der geschäftsführende Bezirksfrauenvorstand seit 2017: (v. l.) Cindy, Sandra N., Martina, Karin, Sandra S., Kathrin und Andrea.

Der geschäftsführende Bezirksfrauenvorstand*	
Martina Braum , Vorsitzende	DG Akademie
Andrea Hornung , Stv. Vorsitzende	DG Mitteldeutschland
Karin Dullnig , Stv. Vorsitzende	DG Hannover
Sandra Neudert , Stv. Vorsitzende	DG Koblenz
Cindy Kremer , Schriftführerin	DG Küste
Sandra Seidel , Stv. Schriftführerin	DG Bereitschaftspolizei
Kathrin Arnold , Weiteres Mitglied	BZG Zoll

* Bis zur Bezirksfrauenkonferenz 2017 gehörten dem geschäftsführenden Bezirksfrauenvorstand außerdem an: Erika Krause-Schöne (Vorsitzende, DG Küste) und Carmen Kastner (Stv. Vorsitzende, DG Hannover).

Eure GdP wünscht alles Gute für 2017

Schicht	Papa	Mama	Luisa	Jan	Opa
So 1					
Mo 2					
Tu 3					
We 4					
Do 5					
Fr 6					
Sa 7					
So 8					
Mo 9					
Tu 10					
We 11					
Do 12					
Fr 13					
Sa 14					
So 15					
Mo 16					
Tu 17					
We 18					
Do 19					
Fr 20					
Sa 21					
So 22					
Mo 23					
Tu 24					
We 25					
Do 26					
Fr 27					
Sa 28					
So 29					
Mo 30					
Tu 31					



SENIOREN GRUPPE

Gewerkschaft der Polizei

Stand Januar 2018 gehören rund 1.900 Kolleginnen und Kollegen des Bezirks Bundespolizei der Seniorengruppe an. Das entspricht einem Anteil von 7,7 % an der Gesamtmitgliederzahl des Bezirkes. In den vergangenen vier Jahren ist sowohl die Anzahl der Senioren als auch deren Anteil an der Gesamtmitgliederzahl kontinuierlich gewachsen. 2014 waren 1.539 Mitglieder Seniorinnen und Senioren, das entsprach einem Anteil von 7,3 % der Mitglieder.

Die Mitglieder im Ruhestand zu betreuen, die aktive Seniorenarbeit weiter auszubauen und die Austritte zum Zeitpunkt der Pensionierung bzw. des Renteneintritts zu reduzieren, waren die Hauptaugenmerke der Seniorenarbeit des Bezirkes in den vergangenen vier Jahren.

Zwischen Senioren- und geschäftsführendem Bezirksvorstand bestand ein reger Austausch und so konnten mit gegenseitiger Unterstützung in den vergangenen vier Jahren unter anderem folgenden Punkte realisiert werden:

- Über 30 Seminare und Informationsveranstaltungen für Seniorinnen und Senioren sowie für Kolleginnen und Kollegen auf dem Weg in den Ruhestand (Vorbereitung auf den Ruhestand, Aktiv im Alter, Schulung für Seniorenteams, Rente & Pension Ost, APS Vorsorgevorträge). Alle Seminare wurden entweder von aktiven Senioren des Bezirkes geleitet oder von diesen als Co-Teamer begleitet.
- Ein besonderes Handlungsfeld ist nach wie vor die Prävention von Austritten, die mit dem Ende der aktiven Dienstzeit begründet sind, sowie die Rückgewinnung von Seniorinnen und Senioren, die ausgetreten sind. Hierzu wurden kontinuierlich die Direktions- und Kreisgruppen sensibilisiert und u. A. der Infoflyer für Kolleginnen und Kollegen vor Eintritt in den Ruhestand aktualisiert und modernisiert, der über die Vorteile einer Gewerkschaftsmitgliedschaft im Ruhestand informiert.
- Seniorengruppe, GBV und die GdP-Fraktion im BPR konnten gemeinsam die lange geforderte Einführung dienstlicher Beratung zur Vorbereitung auf den Ruhestand (mit Einführung einer Info-Broschüre) sowie eines Ehemaligenausweises durchsetzen. Mit beiden Errungenschaften konnten wir erreichen, dass der Dienstherr ein Stück stärker seiner Für-



sorgepflicht nachkommt. Gleichzeitig wurde gezeigt, was mit guter Zusammenarbeit zwischen Aktiven und Ruheständlern an positiven Ergebnissen möglich ist.

- Großer Einsatz wurde beim Thema Beihilfearbeitung erforderlich. Nach erheblichen zeitlichen Verzögerungen aufgrund der Übernahme der Einziehung der Kfz-Steuer durch den Zoll waren massive Proteste unsererseits erforderlich, mit denen schließlich erreicht wurde, dass durch Abschlagzahlungen die Härtefälle ausgeglichen wurden. Kaum trat eine Normalisierung ein, stand mit Übertragung der Beihilfearbeitung auf das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen die nächste organisatorische Veränderung auf der Tagesordnung. Da dieses Bundesamt zu Beginn 2017 dann auch noch vom Bundesfinanz- zum Bundesinnenministerium übergeführt wurde, war das Chaos vorprogrammiert. Zahlungsfristen von 10 bis 12 Wochen waren an der Tagesordnung. Trotz massiver Proteste auf allen Ebenen konnte hier nur zögerlich eine Besserung erreicht werden.
- Im Zuge des Bundestagswahlkampfes startete unser Bezirk ab März 2017 eine Kampagne gegen die Ungleichbehandlung bei der Altersversorgung von aus dem DDR-Grenzschutz zur BPOL übernommenen Beamten. Der Bezirk schrieb in dieser Sache die innenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen an und rief die Untergliederungen, insbesondere in den östlichen Bundesländern, dazu auf, ihrerseits Abgeordnete und Kandidatinnen und Kandidaten ihrer Bereiche mit diesem Thema zu konfrontieren.
- Zudem fanden zahlreiche Gespräche von Mitgliedern des GBV mit politischen Verantwortungsträgern zu Seniorenthemen, wie z. B. der Versorgungsrechtsfrage, statt.
- Es wurden zahlreiche Informationsmaterialien erstellt und mitunter neu aufgelegt, wie z. B. der mehrmals jährlich erscheinende Newsletter „Senioreninfo“ oder der Infoflyer für Kolleginnen und Kollegen vor Eintritt in den Ruhestand („Senioren-Flyer“).
- 2017 fand die 4. Bezirksseniorenkonferenz unter dem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ in Bebra statt.

Zuständiges GBV-Mitglied ist Rüdiger Maas (zuvor bis zu seinem Ruhestand Ende 2016 Karlfred Hofgesang).



Von links nach rechts: Der geschäftsführende Bezirksvorstand 2013 – 2017: Peter Schüttrumpf, Wolfgang Oehler, Wolfgang Kubik, Werner Wigger und Siegfried Dienstbeck; Sitzung des erweiterten Bezirksseniorenvorstandes in Bad Hersfeld im September 2017; die Akademie Frankenwarte in Würzburg: einer von zwei Standorten für unser Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ – hier die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars im Juni 2017.



Der geschäftsführende Bezirksfrauenvorstand*

Peter Schüttrumpf , Vorsitzender	DG Bundesbereitschaftspolizei
Wolfgang Kubik , Stv. Vorsitzender	DG Akademie
Horst-Dieter Schneider , Schriftführer	DG Baden Württemberg
Reinhold Schuch , Beisitzer	DG Koblenz
Werner Wigger , Beisitzer	DG Küste

* Bis zur Bezirksseniorenkonferenz im Juni 2017 gehörten dem geschäftsführenden Bezirksseniorenvorstand folgende Kollegen an: Wolfgang Oehler (Schriftführer, DG Präsidium) und Siegfried Dienstbeck (Beisitzer, DG Bayern).

Der neu gewählte geschäftsführende Bezirksvorstand: (v. l.) Dieter Schneider, Werner Wigger, Peter Schüttrumpf, Reinhold Schuch und Wolfgang Kubik.



Arbeitsgruppen und -tagungen

Im Berichtszeitraum wurden zu diversen innergewerkschaftlichen sowie gewerkschaftspolitischen Themen Arbeitsgruppen und Arbeitstagungen eingerichtet und veranstaltet, um so fachliche Expertise aus den Untergliederungen hinzuzuziehen. Zum Beispiel:

AG Ummeldungen

Entsprechend des Antrages A8 des 5. Ordentlichen Delegiertentages hat der GBV eine Arbeitsgruppe berufen, um für die Ummeldung von Mitgliedern unter den Kreisgruppen verbindliche Regelungen zu entwickeln. Die Ergebnisse wurden unter anderem bei der Kreisgruppenvorsitzendenkonferenz im April 2015 vorgestellt.

Teilnehmende: Thomas Alter (Bereitschaftspolizei), Udo Glinke (Hannover), Berthold Hauser (Baden-Württemberg und GBV), Arnd Krummen (NRW und GBV), Hartmut Kühn (GST).

AG Mehrarbeit

Das Thema Mehrarbeit beschäftigt die Kolleginnen und Kollegen in der Bundespolizei und im Zoll gleichermaßen. Die AG kam daher im Mai 2017 zusammen, um Kernziele für die gewerkschaftliche und personalrätliche Positionierung zum Umgang mit Mehrarbeit festzulegen.

Diese sind: 1.) Die Schutzvorschriften müssen eingehalten werden, 2.) Der hohe Krankensand verpflichtet uns aus Gründen des Gesundheitsschutzes dazu, die Mehrarbeit zu vermindern und einzugrenzen, 3.) Tendenzen zur Selbstausbeutung der Kolleginnen und Kollegen müssen eingegrenzt werden.

Teilnehmende: Manuela Hake, Heinz Selzner, Sven Hüber und Hartmut Kühn.

Start der AG Online 2016 in Berlin.



AG Online

Mit dem Ziel der Optimierung der Onlinekommunikation unseres Bezirks wurde 2016 eine Arbeitsgruppe Online eingerichtet, an der sich Vertreterinnen und Vertreter aller Direktionsgruppen beteiligen konnten. Nach einer intensiven Auseinandersetzung mit den verschiedenen Zielgruppen wurden mehrere Arbeitsfelder festgelegt, allen voran die Neugestaltung der Webseite, aber auch Optimierungsbedarf im Bereich Social Media, unserem Fotobestand oder der GdP App. Der für dieses Jahr geplante „Umzug“ der Webpräsenz unseres Bezirks unter das CI der GdP Bund wird ebenfalls von der AG Online begleitet.

Teilnehmende: Christian Baier, Bianca Buhmann, Michael Hoppe, Arnd Krummen, Steffen Ludwar, Michael Schaffrath, Anja Scheuermann, Martin Schinke, Dirk Steinert, Kersten Thiemann, Roland Voss, Felix Wirsching, Gabriele Zielinski.

AG Satzung

Im August 2017 traf sich eine Arbeitsgruppe Satzung bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aller Direktionsgruppen und der BZG Zoll mit dem Ziel, Änderungsvorschläge zu erarbeiten, um in den Zusatzbestimmungen des Bezirks Bundespolizei erforderliche Verbesserungen zu eruiieren und dafür Vorschläge zu erarbeiten. Ebenso sollte eine Harmonisierung mit der Satzung der GdP Bund erwirkt werden. Die Ergebnisse werden als Anträge im Block A beim 6. Delegiertentag des Bezirks Bundespolizei behandelt.

Teilnehmende: Mario Gottschalk, Hartmut Hildebrandt, Sven Hüber, Simone Krummen, Hartmut Kühn, Frank Martini, Dietmar Mußmann, Tim Röder, Rudolf Roeder, Martin Schinke, Josef Senft.

Teamer AK

Der bereits seit 2012 bestehende Teamer-Arbeitskreis wurde im Berichtszeitraum fortgeführt und erweitert. Die Teamer haben zum einen die Aufgabe, Lehrmaterialien (Teamerordner) für gewerkschaftliche Grundschulungen, Vertrauensleuteseminare und Seminare für Kreisgruppenvorstände zu erarbeiten und zu aktualisieren und zum anderen stehen sie selbst als Teamer (Dozenten) für Seminare zur Verfügung.

Nach einer Schulung für neue Teamer 2015 konnte der Teamerarbeitskreis um einige neue Mitglieder erweitert werden. Diese trafen sich im April 2017 zur Weiterentwicklung des Teamerordners.

AG 2025

Die AG 2025 hatte den Auftrag auf Basis der bestehenden Beschlusslagen und gewerkschaftspolitischen Konzepte (wie z. B. unserem Konsolidierungsprogramm), einen Forderungskatalog zur Fortentwicklung der Bundespolizei zu entwerfen, der die Basis zum Leit Antrag für den 6. Ordentlichen Delegiertentag des GdP-Bezirks Bundespolizei bilden sollte. Die Arbeitsgruppe traf sich am 25./26. September 2017 in Berlin.

Teilnehmende: Martina Braum, Stefan Hoffmann, Hartmut Kühn, Rüdiger Maas, Roland Voss.

AG Videografie

Nach dem Ärger um die Einführung der Bodycam in der Bundespolizei beschloss der GBV kurzfristig die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Videografie bestehend aus Sven Hüber, Steffen Ludwar, Berthold Hauser, Stefan Hoffmann und Hartmut Kühn. Die AG traf sich im Januar 2018 mit Jürgen Meyer, Leiter der BEST, Arbeitskammer des Saarlandes, um über die offenen Fragen der sozialverträgliche Technologiegestaltung, insbesondere des Mitarbeiterdatenschutzes, zu sprechen.



Gewerkschaftliche Arbeitstagung.



Vertreterinnen und Vertreter des Bezirks Bundespolizei in den GdP-Bundesgremien

Jörg Radek war im Berichtszeitraum für den Bezirk Bundespolizei Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand und dessen stellvertretender Vorsitzender. In dieser Funktion standen die Schwerpunktereignisse im Bereich der Inneren Sicherheit, wie der G20-Gipfel und die Massenmigration, thematisch im Vordergrund. Er vertrat weiterhin unsere Position bei parlamentarischen Anhörungen, engagierte sich schwerpunktmäßig im Bereich Gewalt gegen Polizeibeamte und Fußballfanreiseverkehr. Durch diese Funktion waren auch gemeinsam mit Sven Hüber sowie den Geschäftsstellen von Bund und Bezirk pragmatische und kurzfristige Beteiligungen in Fragen der Beamtenpolitik und des Beamtenrechts möglich.

Im erweiterten GdP-Bundesvorstand vertrat Karlfred Hofgang bis zu seinem Ruhestand unseren Bezirk. Seit 2017 ist Sven Hüber Mitglied im erweiterten Bundesvorstand.



**Gewerkschaft
der Polizei**
Bundespolizei

In den Bundesfachausschüssen war die GdP wie folgt vertreten:

- Wasserschutzpolizei: Klaus Wulf
- Kriminalpolizei: Jürgen Lindemann
- Polizeiverwaltung: Tom Unger
- Bereitschaftspolizei: Andreas Puschmann
- Beamten- und Besoldungsrecht: Sven Hüber
- Große Tarifkommission: Detlev Mantei, Rüdiger Maas
- Haushalt und Finanzen: Arnd Krummen
- Schutzpolizei: Harald Rank

Unsere Vertreter in den verschiedenen Fachausschüssen haben sich aktiv in die Debatten und in den Erfahrungsaustausch eingebracht und haben somit unseren Bezirk stets ausgesprochen gut vertreten. Hierfür bedanken wir uns bei ihnen an dieser Stelle sehr herzlich.

In den Personengruppen vertreten den Bezirk:

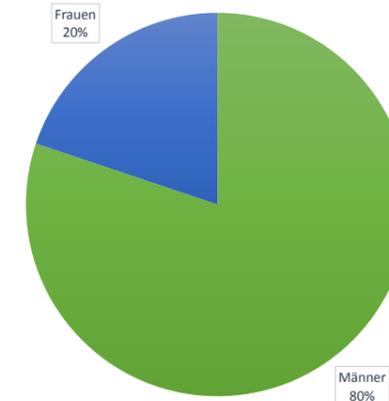
- Peter Schütrumpf in der Bundesseniorengruppe
- Erika Krause-Schöne (Stv. Bundesfrauenvorsitzende) und Carmen Kastner/Karin Dullnig in der Bundesfrauengruppe
- André Kutzner (Kassierer) und Matthias Zimmermann (bis Mitte 2017) bzw. Martin Friese (seit 2017) in der JUNGEN GRUPPE Bund.

Die Entwicklung der Neueinstellungen und der Anwärterwerbung sorgen so für einen positiven Trend, der jedoch nicht über die demografische Entwicklung sowie die Tatsache hinweg täuschen darf, dass viele Kolleginnen und Kollegen zum Ende ihres aktiven Dienstes aus der GdP austreten.

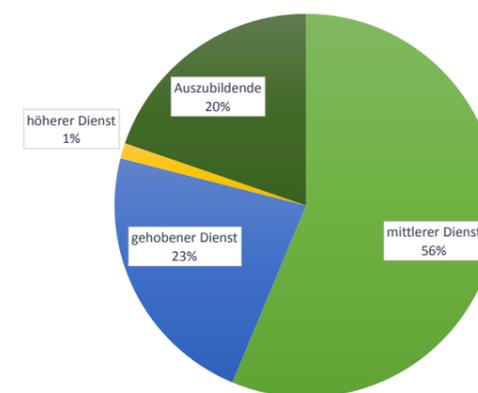
Der Mitgliederbindung sowie der konsequenten Rückgewinnung kommt daher eine besondere Bedeutung in der Arbeit des Bezirks wie auch der Untergliederungen zu.



Männer und Frauen



Laufbahnen



„Immer präsent, immer für Euch da!“ – So lernen uns auch die Anwärterinnen und Anwärter von Anfang an kennen, denn an allen Ausbildungsstandorten in Bundespolizei und Zoll stellt sich die GdP direkt nach Ausbildungsbeginn vor.

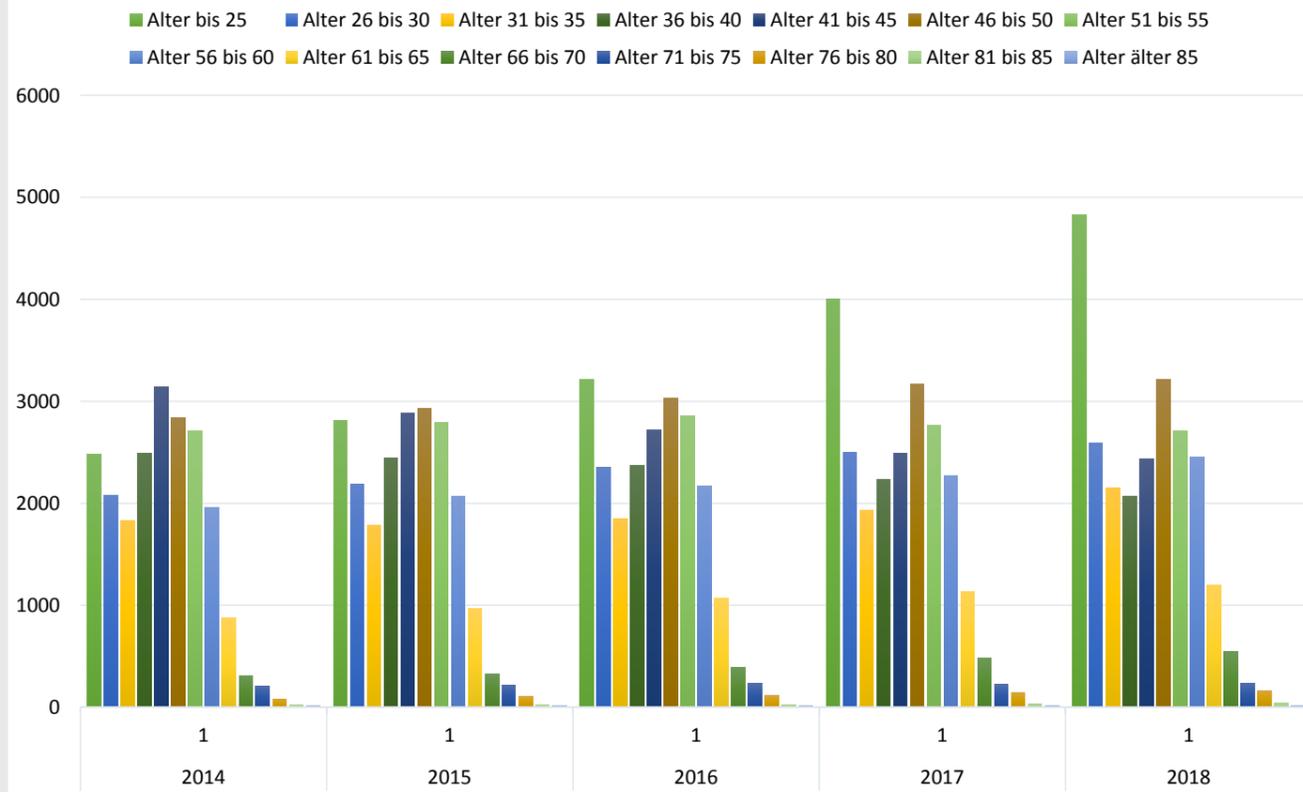
Mitgliederentwicklung und -werbung

Die Mitgliederentwicklung ist im Berichtszeitraum als deutlich positiv zu bezeichnen. Von Januar 2014 bis Januar 2018 stieg die Gesamtmitgliederzahl kontinuierlich von 21.069 auf 24.670 Mitglieder an. Wesentlicher Treiber hierfür waren die erfolgreichen Anwärterwerbaktionen in der Bundespolizei in Verbindung mit den erhöhten Einstellungszahlen.

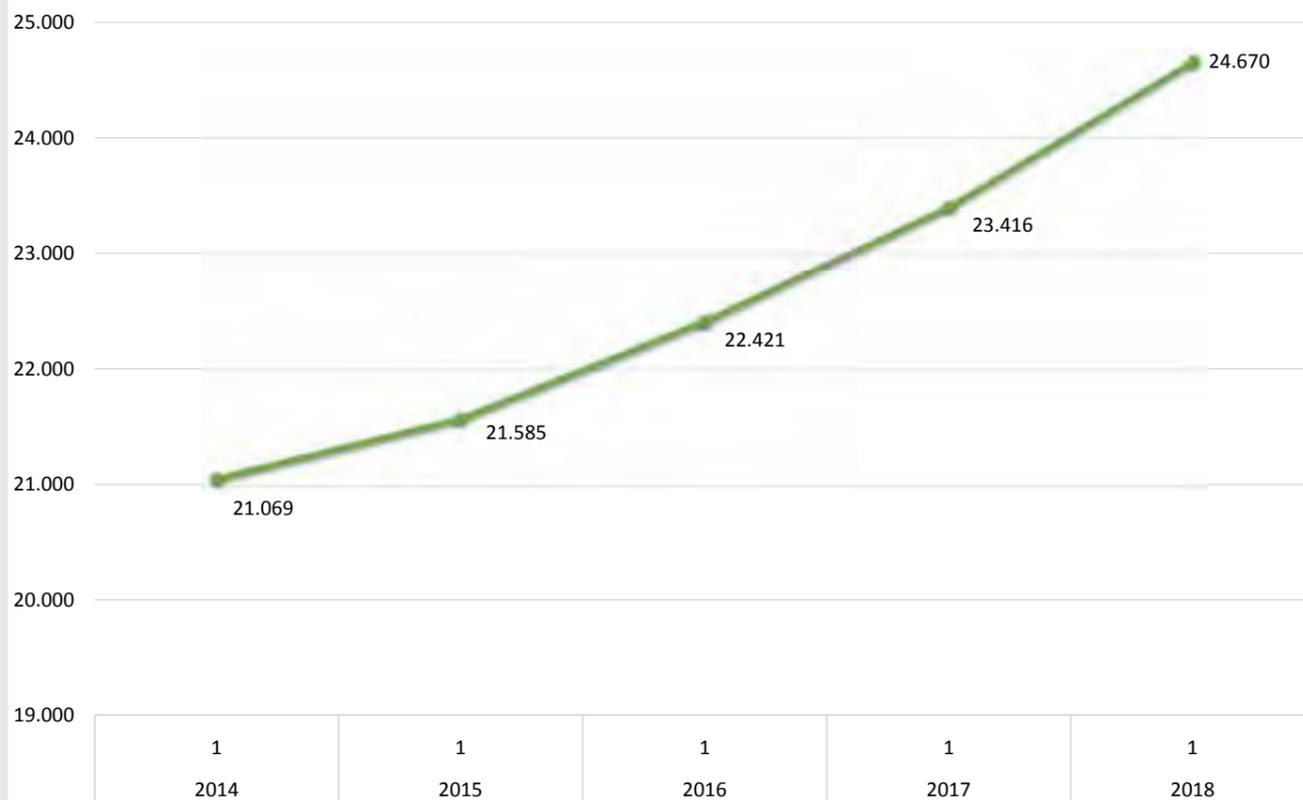
Ebenso bemerkenswert ist der Anstieg der Werbung bei den Anwärtern im Zoll: Hier konnte durch die Bemühungen der Bezirksgruppe und insbesondere der JUNGEN GRUPPE des Zolls eine Werbestrategie aufgebaut werden, die inzwischen zu weit über 100 neu geworbenen Anwärterinnen und Anwärtern im Jahr führt. An dieser Stelle sagen wir ein herzliches Dankeschön an die jährlich über 100 GdP-Kolleginnen und -Kollegen, die an den Ausbildungsstandorten des Zolls und der Bundespolizei in ihrer Freizeit für ihre Gewerkschaft, die GdP, werben und begeistern!



Alterszusammensetzung



Mitgliederentwicklung Bezirk Bundespolizei



Rechtsabteilung & Rechtsschutzverfahren

In den letzten vier Jahren ist die Anzahl der Rechtsschutzfälle leicht gestiegen. Es sind rund 500 Anträge pro Jahr gestellt worden. Rund 80 % der Anträge werden positiv beschieden. Arbeitszeitfragen rücken mehr und mehr in den Vordergrund. Mit den Verfahren zur Abbrechung der Arbeitszeit beim G7-Gipfel sowie auf den Schiffen der Bundespolizei und des Zolls wurden Massenverfahren durch den GdP Rechtsschutz finanziert. Aber auch einzelne Musterverfahren wurden teils erfolgreich geführt. Zu erwähnen sind insbesondere die Verfahren zur Polizeizulage beim Zoll sowie zum Verpflegungsgeld.

Die Zusammenarbeit mit der DGB Rechtsschutz GmbH wurde weiter ausgebaut und intensiviert. Dies äußerte sich nicht nur darin, dass die Spitzen der DGB Rechtsschutz GmbH enger mit der Rechtsschutzkommission zusammenarbeiteten, sondern auch in einzelnen gemeinsamen Fortbildungen mit der GdP Bundespolizei unterstützt. Es wurde seitens der DGB Rechtsschutz GmbH die Stelle einer Beamtenrechtskoordinatorin und direkten Ansprechpartnerin für Muster- und Massenverfahren geschaffen.

Im Rahmen von beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahren nach 118 BBG hat die GdP sich bei jeder die Bundespolizei betreffenden Regelung sowohl schriftlich als auch mündlich im Anhörungsverfahren eingebracht. Unter anderem wurden in den letzten vier Jahren Änderungen im Bereich Besoldungsanpassung, zum Entwurf eines Gesetzes zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf für Beamte des Bundes, Heilfürsorgeverordnung, Bundesbeihilfeverordnung, Bundeslaufverordnung (insbesondere der verschiedenen Arten der Aufstiege), Gesetzes zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr, Verordnung über die Laufbahnen des Polizeivollzugsdienstes in der Bundespolizei seitens der GdP kritisch bewertet und diese Kritik öffentlich gemacht. Erreicht werden konnte so u.a. die Ein-

führung des § 78a BBG zur Erfüllungsübernahme des Dienstherrn bei Schmerzensgeldansprüchen. Hier konnte die GdP bspw. erreichen, dass die Übergangsgrenze reduziert wurde.

Auch außerhalb von den 118er-Gesprächen wurde die GdP um juristischen und fachlichen Sachverstand bspw. bei parlamentarischen Anhörungsverfahren oder in Ausschüssen zu Rate gezogen. So sprach Jörg Radek im Innenausschuss über die Einführung der sogenannten Bodycam und wies ausdrücklich auf den Mitarbeiterdatenschutz hin. Auch zum Thema Etablierung eines Bundespolizeibeauftragten wurde die GdP als Ratgeber herangezogen.

Hilfreich waren für viele Kolleginnen und Kollegen insbesondere auch immer wieder die erstellten Musterschreiben und Anträge, die Fristen und Ansprüche einfach und unkompliziert sicherten. Zu nennen sind dort insbesondere die Anträge für Verzugszinsen bei unständigen Bezügen, Geltendmachung von Schmerzensgeldansprüchen, Anträge auf dienstlichen Rechtsschutz, Bereitschaftszeiten als Arbeitszeiten, Geltendmachung von Jubiläumsgeld.

Im Bereich des Tarifs haben wir mit dem Höhergruppierungsrechner vielen Mitgliedern helfen können, die Höhergruppierungen durchzusetzen. Leider klappte dies nicht immer ohne gerichtliche Hilfe.

Auch wurden Verfahren bis in die obersten Instanzen geführt. Zuletzt entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass unsere Auffassung in Bezug auf die Polizeizulage im Bereich des Zolls richtig war. Hinsichtlich der Kürzung der Besoldung nach § 55 BeamtVG unterlagen wir jedoch sowohl beim Bundesverfassungsgericht als auch beim Europäischen Gericht für Menschenrechte. Auch haben wir versucht durchzusetzen, dass die Zulagen als steuerfrei anerkannt werden.

Aber auch wenn die juristischen Möglichkeiten damit erschöpft sind, haben wir uns entschieden auf politischem Wege zu versuchen, eine Änderung zu bewirken.

Auffallend im Bereich des Rechtsschutzes ist, dass trotz der Mehrung von Beförderungen gerade in diesem Bereich ein gestiegenes Streitpotenzial zu verzeichnen ist. Aufgrund des Personalmangels und insbesondere aufgrund des Migrationseinsatzes gibt es vermehrt Verfahren, die sich mit Abordnungen und Versetzungen beschäftigen.

Rechtsschutzkommission: Sven Hüber, Arnd Krummen, Klaus Borghorst (bis 12/2017), Roland Voss (seit 01/2018)





nach außen

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In der Pressearbeit konnte der GdP-Bezirk Bundespolizei seine Präsenz im Berichtszeitraum deutlich steigern. Dies lässt sich im Wesentlichen auf folgende Punkte zurückführen: Die Zahl der Pressemitteilungen wurde gerade zu Beginn der Amtszeit wesentlich gesteigert und deren Gestaltung (Corporate Wording) weiter professionalisiert.

Der Vorsitzende hat sich zudem in besonderer Weise zur Aufgabe gemacht, den Bezirk stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Dabei war auch seine Doppelfunktion als stellvertretender Bundesvorsitzender hilfreich, wodurch sich positive Wechselwirkungen ergaben. Außerdem hat sich auch von außen, nach Beginn der Massmigration und spätestens mit der Wiedereinführung der Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze, das mediale Interesse an Themen der Bundespolizei sowie durch den Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz und die Vorkommnisse in der Silvesternacht 2015/16 in Köln allgemein an der Inneren Sicherheit wesentlich erhöht. Die GdP Bundespolizei hat sich dabei als kompetenter Ansprechpartner für die Presse entwickelt.

Dadurch häuften sich auch Anfragen nach regionalen Ansprechpartnerinnen und -partnern für die regionale Presseberichterstattung, die von der Geschäftsstelle koordiniert wurden. Dank der bundesweit sehr guten Aufstellung unseres Bezirkes konnten wir mit unseren Funktionären vor Ort auch diese Ansprüche erfüllen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit liegt auf der umfassenden und zeitnahen Information unserer Mitglieder und Funktionäre. Dafür wurden bestehende Medien weiterhin genutzt und inhaltlich ausgebaut und neue Angebote hinzugefügt:

Bezirksjournal in der Mitgliederzeitschrift Deutsche Polizei: monatlich 8 Seiten Print für gewerkschaftliche Themen aus Bezirk und Untergliederungen. Zum Jahresende 2016 gab der langjährige Bezirksredakteur Martin Schmitt sein (Ehren-)Amt auf eigenen Wunsch hin ab. Die Aufgabe wurde in der Folge in den hauptamtlichen Bereich der Geschäftsstelle verlagert, wodurch sich nun leichter auch ganzheitliche Kommunikationsstrategien und Artikel, die aufwendigerer Recherchen bedürfen, umsetzen lassen. An dieser Stelle möchten wir noch einmal Martin Schmitt für seinen langjäh-



nach innen

rigen arbeits- und zeitintensiven Einsatz für die „Deutsche Polizei“ sehr herzlich danken; eine Arbeit, die er mit viel Herzblut gestaltet und bei der er echte qualitative Standards gesetzt hat.

Die Webseite ist nach wie vor „Kernmedium“ unseres Bezirkes. Alle öffentlichen Artikel und Materialien finden sich auch auf der Webseite: Artikel, Pressemitteilungen, Deutsche Polizei und Kampagnen. Alle Artikel und Pressemitteilungen werden den Untergliederungen zudem umgehend nach Veröffentlichung als Reintext und vorkomprimiert für den Aushang an den schwarzen Brettern als pdf zur Verfügung gestellt. Gemeinsam mit der AG Online und inzwischen beschlossen durch den GBV wird derzeit ein Relaunch unseres Webauftritts und der Wechsel unter das Dach der GdP Bund vorbereitet, der 2018 für den Bezirk und seine Untergliederungen umgesetzt wird.

Darüber hinaus informiert der Bezirk weiterhin Mitglieder über einen Monatsnewsletter über wichtige gewerkschaftspolitische Themen. In den sozialen Netzwerken ist der Bezirk bei Facebook präsent und konnte dort in den vergangenen Jahren die Nutzungszahlen auch wesentlich erhöhen – bei Bedarf wurden (z. B. im Rahmen des Personalratswahlkampfes) auch kostenpflichtige Dienste zur Verbreitung unserer Inhalte in Anspruch genommen. Die Nutzung von Twitter für den Bezirk befindet sich derzeit noch in der Erprobungsphase.

Den Funktionären unseres Bezirkes stehen außerdem zusätzliche Informationsmedien zur Verfügung: Für komplexere Themen werden Argumentationshilfen erstellt, die gewerkschaftliche Positionen und Umstände ausführlicher beleuchten und das Ziel haben, unsere Funktionäre in ihren Untergliederungen sprechfähig zu machen. Diese wurden z. B. zu Themen wie dem Hebungsprogramm, den Beurteilungsrichtlinien oder unserem Konzept „Raus aus der Abordnungsfalle“ erstellt. Darüber hinaus erstellen die GdP-Fraktionen aus

Bundespolizei- und -bezirkspersonalrat umgehend nach Ende jeder ihrer monatlichen Sitzungen den Newsletter „Wissenswert“. Ergänzt wird das Angebot an Funktionäre seit Mai 2017 mit dem wöchentlichen Newsletter „Wichtiges der Woche“, der die interessantesten Meldungen aus Politik und Presse zu Themen in Bundespolizei, Zoll und BAG zusammenfasst.

Wichtig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bezirkes ist zudem die enge Kooperation mit den Untergliederungen. Inhaltliche Zulieferungen aus den Untergliederungen werden für die Medien des Bezirkes sehr gerne übernommen und haben einen wesentlichen Anteil daran, diese lebendig und nah an der Lebenswirklichkeit der Kolleginnen und Kollegen zu gestalten. Außerdem zeigen sie, wie vor Ort Gewerkschaftsarbeit mit Leben gefüllt wird. Beispielhaft seien hier Berichte zu Einsatzbetreuungen, Jubiläen, politischen Gesprächen, Seminaren oder Kreisgruppen-Events genannt. Die Untergliederungen wurden außerdem bei Bedarf personell aus dem Vorstand und PR-fachlich aus der Geschäftsstelle bei ihrer regionalen Presse- und Öffentlichkeit unterstützt, z. B. mit der Erstellung oder Überarbeitung von Pressemitteilungen und sonstigen Texten.



Bildungsarbeit

Die Bildungsarbeit genießt einen hohen Stellenwert innerhalb des Bezirks Bundespolizei. Im Berichtszeitraum 2014 bis 2017 wurden insgesamt 100 Bildungsveranstaltungen durchgeführt. Die Anzahl an Veranstaltungen wurde auf ca. 35 Seminare pro Jahr gesteigert.

Die Konzeption des Bildungsplans wie auch die Vergabe der Seminarplätze erfolgt in enger Abstimmung mit den Untergliederungen. Die gemeldeten Bedarfe der Direktionsgruppen und der BZG Zoll werden jeweils in die Jahresplanung übernommen, sodass ein möglichst passgenaues Seminarprogramm entsteht.

Inhaltlich wird mit dem Bildungsprogramm des Bezirks ein breites Spektrum an Themen abgedeckt. Neben Rhetorikseminaren mit unterschiedlichen Schwerpunkten werden Seminare für Personalräte und zur Nachwuchsförderung, spezielle Schulungen für den Bereich der Personengruppen und zur Qualifikation unserer gewerkschaftlichen Funktionsträgerinnen und -träger angeboten. Darüber hinaus wurden auch im Berichtszeitraum die politischen Bildungsreisen nach Israel unseres Bezirks fortgeführt und Europareisen der JUNGEN GRUPPE durchgeführt.

Aufgrund der einsetzenden und in Zukunft anstehenden Pensionierungswellen in der Bundespolizei wurde das Bildungsangebot im Seniorenbereich aufgestockt: Die Seminare zur „Vorbereitung auf den Ruhestand“ erfreuen sich be-

sonderer Beliebtheit, sodass ihre Anzahl im Bildungsplan 2018 auf sieben Seminare im Jahr erhöht wurde, um den Bedarf in der Mitgliedschaft decken zu können.

Auch die Arbeit des Teamer-AK wurde fortgesetzt, ein Ergebnis daraus ist der aktualisierte Teamer-Order (analog und digital verfügbar) und das Heranziehen neuer engagierter Teamer.

Die aktuellen Veranstaltungen werden in der Hauptsache per Mail an die Untergliederungen beworben. Die meisten Veranstaltungen sind zudem für Mitglieder auf der Homepage des Bezirks abruf- und einsehbar. Das Anmeldeverfahren wurde vereinheitlicht und auch online ermöglicht und eine Übersicht häufiger Fragen (FAQ) zu den Seminaren erstellt, die den Mitgliedern Orientierung zu organisatorischen Fragen bieten soll.

Neben eigenen Seminaren unterstützt der Bezirk auch weiterhin die Durchführung von Seminaren auf Ebene der Direktions- und Kreisgruppen organisatorisch und finanziell. Zudem beteiligte sich der Bezirk rege an den Seminaren der GdP Bund, wie z. B. den Führungskräfte trainings oder den Multiplikatoren-Seminaren.

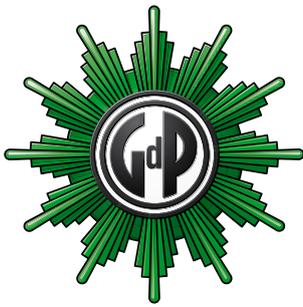


Oben: Zufriedene Teilnehmerinnen und Teilnehmer der GdP-Israelreise 2016, wie immer organisiert und betreut von Sven Hüber.

Oben rechts: „Aktiv im Alter“ – unser jährliches Seminar für Seniorinnen und Senioren in Würzburg. Hier die Gruppe aus 2017 mit ihrem Seniorenteamer Werner Wigger (rechts im Bild).

Unten rechts: JAV-Seminar, Dezember 2016, mit Teamer Stephan Lange (rechts im Bild).





Gewerkschaft der Polizei

Bundespolizei



Gewerkschaft der Polizei · Bezirk Bundespolizei

Forststr. 3a · 40721 Hilden · Tel.: 0211-7104 0 · Fax: 0211-7104 555

gdp@gdp-bundespolizei.de · www.gdp-bundespolizei.de